

# Arbeiter-Zeitung

Freitag, 8. Mai 1931  
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 90

**Eisenbahner!  
wählt die  
RGO.-Liste!**

Preis: 2,10 Mk. + ...  
Eisenbahner! wählt die RGO.-Liste!  
Preis: 2,10 Mk. + ...  
Eisenbahner! wählt die RGO.-Liste!  
Preis: 2,10 Mk. + ...

**für Schlesien**  
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 64. Tel. 460 00.  
Breslau 544, Rebellien: Breslau 10, Kreuzer Straße 64.  
Telefon 499 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-13 Uhr.  
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialredaktion:  
Berlin, Wilmersdorf, Wilmersdorfer Straße 10-12.  
Verlagsort: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: G. G. G. G. G.  
Gesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Vortschritt“ G. G. G. G. G.  
Kreuzer Straße 60. Telefon 464 55.

## Sturm auf das Rathaus in Hamborn

Verzweifelte Szenen / Mütter rufen der Polizei zu: „Schießt, dann brauchen wir nicht zuzusehen, wie unsere Kinder verhungern!“ / Mehrere Proleten verhaftet

### Hunger läßt sich nicht verbieten!

Essen, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine ungeheure Empörung erfaßte die Hamborner Wohlfahrtsempfänger über den vollzogenen neuesten Unterdrückungsraub. Gestern morgen sah man eine große Anzahl Frauen mit ihren Kindern zum Rathaus pilgern, um dort ihre zu Unrecht entzogenen Hungerpennie zurückzuverlangen. Nach Schluß fand eine große Versammlung in Oberhausen statt. Die Erwerbslosen demonstrierten unter den Augen der Polizei geschlossen ins Rathaus, wo das Wohlfahrtsverhinderungsamt untergebracht ist. Als die Angeketteten dies sahen, verriegelten sie die Türen und sprangen aus den Fenstern. Nach etwa einer halben Stunde erschien ein Trupp Polizeibeamter im Rathaus und schlug blindlings in die Frauen und Männer ein. Die Demonstranten legten sich mit großer Empörung zur Wehr. Dem Widerstand der Massen waren die Beamten nicht gewachsen, so daß weitere Verstärkung herangeholt werden mußte.

Als einzelne nervöse Schutzleute nach der Schußwaffe griffen, blieben die Frauen mit ihren Kindern unbewegt stehen und riefen den Beamten zu: „Schießt uns nieder, dann brauchen wir nicht zusehen, wie unsere Kinder verhungern.“

Ununterbrochene Rufe erschollen von allen Seiten: „Geht uns Arbeit und Brot“, „Nieder mit der Hungerverordnung“. Unter dem Eindruck der gewaltigen Massenempörung zog sich die Polizei zurück, und man setzte nun Kriminalbeamte ein, die mit Hilfe der Schupo die Hungerigen zum Teil abdrängten, worauf

sich dann die Massen in einem anderen Stadtteil konzentrierten und zu neuen Demonstrationen formierten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

### „Nieder mit dem NSB-Verbot!“

Berlin, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Mittwoch kam es in Berlin auf dem Wedding und in Neukölln zu großen Demonstrationen, an denen sich Tausende von Arbeitern beteiligten. Gegen 7 Uhr strömten in der sehr belebten Hermannstraße in Neukölln viele Hunderte Arbeiter zusammen und formierten sich unter den Rufen: „Nieder mit dem Verbot des NSB und der Roten Jungfront!“ zu einem langen Demonstrationsszug. Die Polizei war machtlos. Verhaftete Demonstranten wurden von der empörten Menge wieder befreit. Bis in die späten Abendstunden bildeten sich Trupps von Demonstranten in Neukölln. Im roten Wedding sammelten sich auf ein Fanfarensignal 2000 Arbeiter. Ein gewaltiger Demonstrationsszug bewegte sich durch die Müllerstraße zum Leopoldplatz. Rote Fahnen und Transparente mit Aufschriften gegen das NSB-Verbot wurden im Zuge mitgeführt. Bei dem Vorbeimarsch sammelte sich überall die Bevölkerung an den Straßenecken und begrüßte begeistert die Marschierenden. Auch an mehreren anderen Stellen auf dem Wedding fanden Demonstrationen statt. Überall waren die Straßen schwarz von Menschen. Die Polizei erschien immer dann, wenn die Kundgebungen bereits beendigt oder in einem anderen Straßenviertel durchgeführt wurden.

Helenen-Grube stellte den Antrag auf Entlassung von 520 Arbeitern. Aber auch die Hiltlindubrie will die Arbeiterentlassungen fortsetzen. Die Hohenlohehütte kündigt an, daß am 15. Mai zehn Hochöfen außer Betrieb gesetzt werden. Aus diesem Grunde werden bei der Hohenlohehütte alle Arbeiter, die das 58. Lebensjahr überschritten haben, entlassen. Es kommen hierfür 400 Arbeiter in Frage.

### „Sächsischer Arbeiterzeitung“ verboten

Leipzig, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Linke“ sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner hat gestern die „Sächsische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Zur Begründung des Verbots wird ebenso wie bei dem Verbot der „Roten Fahne“ ein Artikel „2 Jahre NSB-Verbot“ angeführt.

### „Rote Fahne“-Verbot auf Verlangen der SPD.

Berlin, 8. Mai. (Eig. Drahtber.) Die kommunistische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß das Verbot der „Roten Fahne“ mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird. In der gestrigen Sitzung des Landtages verlangte der Genosse Benneke die sofortige Behandlung dieses Antrages mit der Begründung, daß das Verbot ganz offensichtlich zu dem Zweck erfolgt ist, um die Sozialdemokratische Partei mit Hilfe des Staatsapparates vor Angriffen zu schützen, und vor allem auch, um die kommunistische Presse, die jetzt der Rufer im Kampf gegen die Brotverteuerung ist, zu unterdrücken. Die sofortige Beratung machte der Abgeordnete Jürgen Summöglich, indem er im Auftrag der SPD. Widerspruch erhob. Er befristete nur damit, daß das Verbot der „Roten Fahne“ eine Aktion ist, die von der SPD. verlangt wurde

## 90 Stielhandgranaten „sichergestellt“!

Bürgerkriegsrüstungen der faschistischen Krautjunter

Konstanz D.-S. In Zerolshaus bei Konstanz wurden auf dem Gute des Herrn von Studnitz 90 Stielhandgranaten gefunden. Die Polizei hat diesen Fund sichergestellt und beschlagnahmt.

Dieser neue Waffenfund zeigt erneut, daß die faschistische Junterbrut gegen die Arbeiterklasse rüstet. Dieser adlige Faschist ist nicht verhaftet; die Handgranaten sind nur „sichergestellt“ worden. Wird bei einem Arbeiter eine Abwehrwaffe gegen die faschistischen Mordbanditen gefunden, dann greift die Polizei des Sozialdemokraten Sebering in einem solchen Falle schnell zu, verhaftet ihn, und die Justiz steckt ihn auf Jahre ins Gefängnis. Dieser Faschist wird vielleicht nach einer mehmonatigen Voruntersuchung vor Gericht erscheinen und milde Richter finden.

Die Arbeiterklasse wartet das Urteil der weißen Justiz nicht ab, sondern organisiert den mehrfachen Massentamp gegen die faschistische Brut. Die Stahlhelmschützen werden am 31. Mai aus ganz Deutschland in Breslau aufmarschieren. Die arbeitende Bevölkerung muß zur Gegenaktion rüsten.

### Bunzlauer Blutbad vor der Berufungsinstanz

SPD.-Landrat Köhne erscheint unter dem Schutze von vier Landjägern

Liegnitz, 7. Mai. Am Donnerstag begann vor der Großen Strafkammer in Liegnitz die Berufungsverhandlung im Bunzlauer Landfriedensbruchprozeß.

Am 22. August 1930 kam es anlässlich einer nationalsozialistischen Versammlung zu Zusammenstößen zwischen der Polizei, die die Nazilanditen schützen wollte, und der Arbeiterklasse. Die Polizei hat in die proletarischen Demonstranten hineingeschossen, und drei Tote ließen auf dem Platz. Der sozialdemokratische Landrat Köhne soll einerzeit den Befehl zum Schießen gegeben haben. Wie immer, so auch dieses Mal, hat man die Arbeiter unter Anklage wegen schwerem Landfriedensbruch gestellt, und im ersten Prozeß sind 125 Monate Gefängnis verhängt worden. Der Staatsanwalt hatte sogar 18 Monate Zuchthaus und 99 Monate Gefängnis beantragt. Die neun Angeklagten, darunter SPD.-Arbeiter, haben Berufung ein-

gelegt, und für die Berufungsverhandlung sind drei Tage in Aussicht genommen.

Der sozialdemokratische Landrat Köhne aus Bunzlau ist unter dem Schutz von vier Landjägern zum Prozeß erschienen. Das ist bezeichnend für Köhne, der bei dem Bunzlauer Blutbad die der Arbeiterklasse bekannte Rolle gespielt hat.

### Neue Arbeiter-Entlassungen in Polnisch-NS.

Nattowitz, 7. Mai. In Ostoberschlesien, wo bekanntlich seit Januar dieses Jahres 8000 Bergarbeiter abgebaut worden sind, stehen neue Arbeiterentlassungen bevor. So hat die Gohanna-L.-G. die Entlassung von 300 Arbeitern auf dem Gottshardschacht, 175 auf der Litzandra-Grube und 75 auf der Paulsgrube beantragt. Die Direktion der

### Nazi-Mörder Kollak auf freien Fuß gesetzt

Berlin, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein ungeheures Justizskandal hat in der Berliner Arbeiterklasse große Empörung hervorgerufen. Die Strafkammer des Landgerichts 1, Berlin, hat gestern den nationalsozialistischen Mordbuben Kollak, der in der Silvesternacht gemeinsam mit drei SA-Leuten die sozialdemokratischen Arbeiter Willi Schneider und Herbert Graf ermordete, auf freien Fuß gesetzt.

Wie der Abend-„Vorwärts“ zu berichten weiß, wurde der Mörder gestern abend in einem Verkehrslokal von seinen Kumpanen fürmisch begrüßt.

## Der Breslauer Magistrat setzt sich für Stahlhelmaufmarsch ein

Arbeiter, organisiert die Abwehr dieser Konterrevolutionären Provokation

Bedeutet schon der Stahlhelmaufmarsch in Schlesien eine ungeheure Provokation der Arbeiterklasse gegenüber, so muß das Verhalten des Magistrats zu dieser Avantgarde des Faschismus hellste Empörung unter der gesamten Arbeiterklasse auslösen. Derselbe Magistrat, der den „Roten Sportverbänden“ jede Ausübung des Sportes durch Entziehung von Sportplätzen nimmt, stellt den Sportplatz an der Brüdenau dem Stahlhelm zur Verfügung. Der monarchistisch eingestellte Stahlhelm darf auf städtischen Sportplätzen, die aus den Steuergeldern der werktätigen Schichten hergestellt werden, seine Paradezüge ausführen, darf seine feindselige Stellung der gesamten werktätigen Bevölkerung gegenüber offen zur Schau tragen.

Arbeiter, duldet diese Provokationen nicht. Nehmt in allen Betrieben, in allen Stempelstellen Stellung gegen diese Beschlässe des Magistrats, die eine offene Unterstützung des Faschismus bedeuten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber fragen wir: Wollt ihr das dulden? Im Magistrat sitzen auch eure Vertreter, darunter der Bürgermeister Rache. Wenn ihr das duldet, dann macht ihr euch mitgeschuldig an der Förderung des Faschismus. Deshalb müßt auch ihr euch zur aktiven Abwehr dieser konterrevolutionären Banden aufstellen. Ihr dürft euch nicht durch die Anfrage eurer Fraktion im Stadtparlament beruhigen lassen. Diese Aktion im Stadtparlament ist nur ein Betrugsmanöver. Der Aufmarsch wird nicht durch den Magistrat verhindert werden, ebensowenig wie ihn die Preußenregierung verbieten wird.

Im Gegenteil. Selbst wenn der Magistrat es tun wollte, würden eure „Genossen“ Braun und Severing eingreifen und den Magistrat zwingen, diesen Stahlhelmaufmarsch zu dulden. Deshalb reißt euch ein in die rote Front zur außerparlamentarischen Abwehr dieses Aufmarsches der Konterrevolution.



# Vom „Sturz des Kapitalismus“ bis zum „kleineren Uebel“

Die Anträge zum Leipziger SPD-Parteitag

In seiner Sonntagsausgabe veröffentlichte der „Vorwärts“ die Anträge zum Reichsparteitag der Sozialdemokratie, der Ende Mai in Leipzig stattfindet. Wie beschränkt uns auf eine kurze Inhaltsangabe, die sehr plastisch zeigt, wie stark die Differenzen in der SPD sind und welche Fragen von den Mitgliedern diskutiert werden. Dabei ist fast noch interessanter, was man in diesen Anträgen nicht findet. Sicherlich sind viele Anträge schon auf Orts- oder Bezirkskonferenzen abgelehnt worden, so daß man es also hier mit den Anträgen zu tun hat, die bereits alle Abwägungen des bürokratischen Weges glücklich zurückgelegt haben.

Es liegen keine Anträge vor, die sich mit der Koalitionspolitik, der reaktionären Rolle des Zentrums, des Militarismus, dem außenpolitischen Kurs oder gar der Sowjetunion beschäftigen. Die Anträge zu dem Thema „Die Überwindung des Faschismus“, über das Breitscheid sprechen wird, enthalten keine konkreten Vorschläge zu aktiven Kampfmaßnahmen gegen die Faschisten, dafür aber bezeichnenderweise Vorschläge zu Maßnahmen, Disziplinbrüche (!) in der Reichstagsfraktion wie bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer in Zukunft zu verhindern.

Zur Tagesordnung fordern verschiedene Ortsgruppen, daß ein Korreferent zur Frage des Panzerkreuzers und zu dem Thema „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie“ sprechen sollen. In peinlicher Verlegenheit bringt die Ortsgruppe Rixdorf den Parteivorstand mit seiner Forderung, daß „ein sachkundiger erwerbsloser Genosse zu einem besonderen Tagesordnungspunkt über die Erwerbslosenfrage referieren soll.“

Duisburg stellt in seinem Antrag fest, daß die Frage „Sozialismus oder Kapitalismus zur Schicksalsfrage der Menschheit“ geworden ist, und fordert von der Partei die „Mobilisierung der Massen zum Kampf für den Sturz und die Beseitigung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung“. Die Ortsgruppe Redwitz stellt fest, daß das Glend „nur durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung“ behoben werden kann und daß es „heute mehr denn je die erste Aufgabe der SPD sein muß“, ihr, das heißt der sozialistischen Wirtschaftsordnung, zum Siege zu verhelfen. Wörtlich heißt es dann: „Es möglichst rasch zu erreichen, sei unsere nächste Aufgabe, deshalb schärfsten Kampf jenen Parteien, die sich zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung bekennen (z. B. die SPD, die KPD, die NSDAP), deshalb keine Teilnahme und keine Unterstützung den Regierungen mehr, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung schützen.“ Das ist der linke Antrag, der zur Lage in Deutschland Stellung nimmt.

Zittau verlangt die Aufstellung eines „Agitationsplanes für die sozialistische Bedarfswirtschaft“, Rudolstadt die entschädigungslose Ueberführung stillgelegter Betriebe in den Besitz des Reiches, Nürnberg eine Sozialisierungskommission, aber gleichzeitig wie auch Berlin die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich.

Breslau schlägt vor, eine sozialistische Wehrgeschichte in der Art des österreichischen Schutzbundes zu schaffen, Brandenburg, Krefeld und andere Ortsgruppen fordern gleichzeitig die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung im

Reichsmilitärbereich, nachdem sie in Berlin und anderen Orten bereits von den Bogen, weil zu radikal, abgelehnt wurde.

Zwickau protestiert gegen den Beschluß des Reichsausschusses der SA, wonach die Partei die Möglichkeit hat, über 20 Jahre alte Funktionäre der SA, die das Vertrauen der Jugend genießen, aus der SA auszuschließen, wenn sie zur Ausübung ihrer Funktion nicht die Zustimmung der zuständigen Parteiorganisation haben. Nach anderen vorliegenden Anträgen ist es jetzt schon klar, daß man die Jugend vollkommen rechtslos machen will.

Zahlreiche Ortsgruppen verurteilen die Ablehnung des Panzerkreuzers durch die neun sogenannten Disziplinbrecher, ebenso zahlreiche Ortsgruppen billigen dieses Verhalten ausdrücklich. Waldenburg begrüßt sie als „Mildekehr zu sozialdemokratischen Grundsätzen“. Die Berliner haben bekanntlich hierzu einen Antrag eingebracht, wonach „bleibenden, die einen Beschluß der Fraktion nicht vertreten können, auch ohne Aufsehen zu erregen, der Abstimmung fernbleiben können.“

Wachen stellt den originellsten Antrag. „Der Parteitag“ — so heißt es — „bittet die Reichstagsfraktion, alles daran zu

setzen, damit die Notverordnungen soviel wie möglich geschnitten werden zugunsten des schaffenden Volkes“. Dann bliebe also von den Notverordnungen nichts mehr übrig.

Reichspräsident der Reichstagsfraktion das volle Vertrauen aus, weil sie „eine schlimmere Zukunft für die schaffende Bevölkerung (Kabinettsturz) vermieden“ hat.

Bodowa im Bezirk Zwickau fordert eine Urabstimmung der Mitglieder über die Politik der Reichstagsfraktion, Redwitz, daß Genossen über 60 Jahre nicht mehr zu den Reichstags- oder Landtagswahlen aufgestellt werden. Waldenburg und Gohm verlangen, daß die Parteiliste eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in den Zentralen Parteinstanzen, vor allem im Parteivorstand, bekommt.

Zum § 218 liegen Anträge auf radikale Beseitigung dieses Paragraphen vor, während Berlin bekanntlich eine bestimmte Straferfolgung der Schwangerschaftsunterbrechung beibehalten will. Zahlreiche Anträge richten sich gegen die Schwerverdiener in der Partei und die Doppelmantelhäber. Bemerkenswert sind auch die Anträge, in denen gefordert wird, daß nur die Delegierten auf dem Parteitag und nicht alle Abgeordneten und sonstigen Bogen Stimmrecht bekommen sollen.

Nichts kennzeichnet besser den ideologischen Leerlauf innerhalb der Sozialdemokratie als diese Kollektion von Anträgen, die sich oft mit den nebensächlichsten Dingen beschäftigen, während die Kernfragen unberührt bleiben. Hier spiegelt sich der Niedergang einer Partei wider, in der einmals die Grundfragen der Arbeiterbewegung und der Revolution in heftigem Meinungsaustausch erörtert wurden. Und schließlich, es wird auch nach Leipzig weiter so sein, wie es bisher war und wie es einmal ein Berliner SPD-Arbeiter ausführte: „Was nützen die ganzen Beschlüsse, die da oben machen ja doch, was sie wollen.“

## Nun erst recht wählen wir

# Rote Betriebsräte bei Reichsbahn

## Gewerkschaftsangehänger Führer vom Einheitsverband der Eisenbahner als Denunziant

Breslau. Dem sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Bauer vom Werkstättenamt 3 Breslau wurde bekannt, daß zu den diesjährigen Wahlen der Betriebsräte eine rote Betriebsratsliste in seinem Betriebe aufgestellt und eingereicht werden wird. Dieses sollte unter allen Umständen verhindert werden, und so schenkte dieser Wursche nicht davor zurück, von dem gemeinsten Mittel Gebrauch zu machen. Um die Belegschaft nicht auf sein gemeines Spiel aufmerksam zu machen, wendete er sich an seinen ersten Vorgesetzten, Gewerkschaftsangehänger Führer, damit dieser mit der Direktion über die Verhinderung der Kollegen E. und H. verhandele. Die Kollegen wurden auch von ihrer Werkstatt, wo sie schon jahrelang als Werkhelfer gearbeitet hatten, plötzlich auf Veranlassung von Führer nach einem dazugehörigen Nebenwerk auf der Hubenstraße verlegt, in der Hoffnung, daß sich die Kollegen dadurch einschüchtern lassen würden und von der Aufstellung der roten Einheitsliste Abstand nehmen würden.

Als der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Bauer sah, daß sich die Kollegen nicht einschüchtern lassen, begann dieser Wursche seine zweite schurkische Tat. Wieder durch Vermittlung des Gewerkschaftsangehänger Führer mit der Reichsbahndirektion, Amtmann

Giermann, wurden diese beiden Kollegen plötzlich nach der Gartenbauverwaltung Schmiebedel, und zwar jetzt als überzählige Tarifarbeiter, überwiesen. Alle Beschwerden blieben bisher erfolglos. Trotz allen Denunzierens der Gewerkschaftsangehänger und Schilanzungen der Vormüßelrechte haben die Kollegen eine rote Betriebsratsliste eingereicht.

Es liegt nun in der Hand der Belegschaft, der Reichsbahnverwaltung und ihrer Hilfskräfte, den sozialdemokratischen Betriebsräten, das Handwerk zu legen und bei der Wahl der Betriebsräte die roten Betriebsräte zu wählen.

Kollegen des Werkstättenamtes 3, an euch richten wir den Ruf: Hinein in die KPD und jede Stimme den roten Listen! Rechnet ab mit dieser Vongokratie und ihren Vandalen, den reformistischen und christlichen Betriebsräten!

## Landarbeiter wehren Lohnraub ab

In einer vor einigen Tagen in Gollmich (Kreis Rauch-Bezirk) abgehaltenen Landarbeiterversammlung, in der 27 Kollegen und Kolleginnen dem Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter beitraten, berichteten die Gutсарbeiter, daß ihre Löhne am 1. Januar rigoros abgebaut worden sind.

Der GOLLMICH-ergriff hier sofort die Initiative, die Gutсарverwaltung wurde aufgefordert, den Lohnraub rückgängig zu machen und den abgezogenen Betrag vom 1. Januar ab reiflos nachzuzahlen.

Das geschlossene Auftreten der Belegschaft unter Führung des GOLLMICH jagte den Junkern einen Schreck ein. Kurz nach Ueberreichung der Forderungen wurde der Lohnraub zurückgenommen und allen der abgezogene Betrag sofort nachgezahlt. Manche Kollegen erhielten 50 bis 70 Mark. Außerdem mußte sich die Gutсарverwaltung verpflichten, sofort die Gutсарwahlen vorzubereiten und einen Wahlvorstand zu berufen.

Dieser Erfolg zeigt wiederum aufs neue, daß die Landarbeiter nur unter Führung der KPD den Lohnraub erfolgreich abwehren können.

Schleifische Landarbeiter, werdet Mitglieder des roten Land- und Forstarbeiterverbandes!

## Eisenbahner, jetzt Volldampf für

# Die rote Hauptbetriebsratsliste in Reich

Am 9. und 10. Mai wählt jeder Eisenbahner diese Liste!

Nachfolgend veröffentlichen wir die ersten 23 Mandatanten auf der von der KPD eingereichten Vorschlagsliste zum Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die Liste enthält 96 Mandatanten.

Stichwort: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

## Vorschlagsliste

Als Betriebsratsmitglieder für den Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft werden vorgeschlagen:

1. Siegel, Bruno, Klempner, Werkstattd Dresden.
2. Jendrosch Friedrich, Güterbodenarbeiter, Betrieb Hindenburg CE.
3. Fischer Fritz, Betriebsarbeiter, Werkstattd Königsberg i. Pr.
4. Lucas Kurt, Betriebsarbeiter, Betrieb Berlin-Weißensee.
5. Schwalek Roman, Schlosser, Werkstattd Oppeln.
6. Stupp Anton, Bahnunterhaltungsarbeiter, Betrieb Duisburg.
7. Frisch Nikolaus, Schlosser, Betrieb Köln-Langerich.
8. Finsterer Alons, Schlosser, Betrieb München.
9. Pfeiffer Johann, Arbeiter, Werkstattd Frankfurt a. M.
10. Hey Hugo, Ladierer, Werkstattd Gollmich.
11. Hollaender Jonny, Güterbodenarbeiter, Betrieb Hamburg.
12. Schmitz Karl, Bua, Betrieb Solingen.
13. Kollermann, Albert, Werkhelfer, Werkstattd Stargard.
14. Gnatowski Anton, Rangierarbeiter, Betrieb Alfenstein.
15. Jäh Ernst, Rangierarbeiter, Betrieb Basel.
16. Beder Wilhelm, Magazinarbeiter, Werkstattd Eiterbach.
17. Daniel Adolf, Forstwerker, Betrieb Breslau.
18. Truzenberger Eugen, Kesselschmied, Werkstattd Eplingen.
19. Berger Otto, Schweißer, Werkstattd Halle.
20. Herrmann Arnt, Schlosser, Betrieb Lindenthal.
21. Biontel Johann, Schmiech, Werkstattd Oppeln.
22. Steinwiel Alfred, Kesselschmied, Betrieb Gleiwitz.
23. Breßla Stanislaus, Vorzimmerer, Werkstattd Schneidemühl.

Julius Bopp sechs Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft von drei bis fünf Monaten wird auf die Strafe angerechnet.

Zu der Urteilsbegründung heißt es, daß die Erregung, die infolge der blutigen Zusammenstöße in Firmasens herrschte, den Angeklagten zugute gehalten wird. Mit Ausnahme von Bopp werden sämtliche Angeklagten unter Polizeiaufsicht gestellt.

# Terrorurteil gegen revolutionäre Arbeiter

Feige Rohlinge als Kronzeugen der Klassenjustiz

Landeshut. Wieder hatten sich dieser Tage vier revolutionäre Arbeiter von hier vor dem Klassenrichter zu verantworten, weil sie angeblich einige Nazis mißhandelt haben sollten. Geschehen soll das sein bei einer Versammlung der Nazis in R u h a n l. In dem Prozeß, der in Hirschberg stattfand, ergab sich, wie in allen ähnlichen Fällen, daß die Anschuldigungen in keiner Weise fundiert waren. Obwohl sich die Hauptzeugen, die Bierjohla, Trautmann und Gläßer, aller Vorurteile nach über ihre Aussagen vorher verständigt hatten, traten in der Verhandlung wesentliche Abweichungen ihrer Aussagen zu Tage gegenüber denen, die sie zu Protokoll gegeben hatten. Richter, Beisitzer und Staatsanwalt hatten aber auf diesen „Unstimmigkeiten“ nichts auszuweichen. Alle diese Zeugen wurden in vollem Umfang als glaubwürdig angesehen. Um was für Zeugen es sich dabei handelte, geht daraus hervor, daß dem Gericht bekanntgegeben worden war, daß z. B. der Zeuge Bierjohla

seine Frau in betrunkenem Zustande oft viehisch mißhandelt hat, ja, daß er nur mit Gewalt davon abgehalten werden konnte, seinen auf dem Sterbepflege liegenden Vater zu schlagen.

Man stelle sich einmal vor, gegen einen kommunistischen Zeugen würden derartige Tatsachen vorgebracht werden. Was dann geschehen würde, brauchen wir hier nicht des näheren anzuführen. Bei einer solchen Einschätzung der Zeugen ist es auch nicht verwunderlich, daß Bierjohla mit Wissen der Polizei und des Gerichts sich im Besitz verbotener Waffen befindet, ohne daß bisher etwas gegen ihn geschehen wäre. Ein weiterer Zeuge, und zwar der jugendliche Richard Gläßer, hat vor Jahren einen Einbruch in die Kasse des früheren Reichsflüchters Franz verübt. Auch das war der Polizei und dem Gericht bekannt. Trotz alledem wurde aus dieser Zeuge vom Gericht als voll vertrauenswürdig angesehen. Daß solche Zeugen auch vor

einem Meineid nicht zurückschrecken, haben ja jederzeit die falschen Aussagen von Hübnert aus Liebau in dem Prozeß gegen umferten Genossen Brückner gezeigt.

Zur weiteren Charakteristik dieser Kronzeugen der Klassenjustiz sei noch erwähnt, daß sie, um Zeugengebühren für den ganzen Tag einzusparen zu können, erklärt haben, es sei ihnen nicht bekannt gewesen, daß mit dem Mittagszug der Termin noch erreicht werden könne. Bei der Zeugengebührenerhebung trat auch noch manches hervor, das geeignet war, diese Zeugen in einem mehr als merkwürdigen Lichte erscheinen zu lassen. So verlangte der Feigebild Blajchle 20 Mark Zeugengebühren, weil er angeblich ein Monatseinkommen von 450 Mark haben soll. Der Handlungsgehilfe Schom, der im Geschäft seiner Mutter tätig ist, forderte 80 Pfennig Schadenersatz für die Stunde, und der Erwerbslose Richard Gläßer gab sogar einen Verdienstaussatz von 6,50 Mark an. Würden Klassenbewußte Arbeiter in dieser Weise versuchen, sich Zeugengebühren zu verschaffen, dann hätte man sie wahrscheinlich ohne weiteres verhaftet. Obwohl also durch solche Zeugen eine wirkliche Fundierung der Anklage unmöglich war, kam das Gericht zu der Ansicht, daß die Schuld erwiesen sei. Und so wurden die Arbeiter zu insgesamt 28 Monaten Gefängnis verurteilt. Und zwar erhielten zwei Arbeiter je 7 Monate, einer 6 und einer 8 Monate.

Gegen dieses Klassenurteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden. So leicht soll es die Justiz doch nicht haben, Arbeiter auf Grund derartiger Zeugenaussagen hinter Kerkermauern zu bringen. Die Arbeitererschaft hat auch aus diesem Terrorurteil ihre Konsequenzen zu ziehen. Das ist Stahlhelmjustiz in Reinkultur. Das ist die Justiz jener Bürgerkriegsgarde, die am 31. Mai in Schlesien eine Bürgerkriegsübung durchzuführen will.

Deshalb gilt es dafür zu sorgen, daß jene Garde am 31. Mai in Schlesien so empfangen wird, wie sie es verdient.

## Terrorurteil im Pfälzer Sprengstoff-Prozeß

Mannheim, 7. Mai. (Eig. Bericht.) Im Firmasens Bombenprozeß wurde am Dienstag folgendes Urteil gefällt: Schwabe ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, Albert Krennis ein Jahr fünf Monate Zuchthaus, Klapp ein Jahr drei Monate Zuchthaus, Kibel ein Jahr drei Monate Zuchthaus, Hermann Krennis ein Jahr Zuchthaus,



**Neu-Eröffnung! Viktoriast. 104<sup>b</sup>**

Wir stellen Sonnabend, den 9. Mai, unsere vergrößerten Verkaufsräume

Wir bleiben getreu unserem Grundsatz: „Preiswert und gut“ weiter bemüht, den „Dienst am Kunden“ zu pflegen.

unserer verehrten Kundschaft zur Verfügung. Verwöhnteste Ansprüche in Bezug auf Hygiene, Zweckmäßigkeit und Warenpreise finden hier ihre Befriedigung. Ferner eröffnen wir morgen unsere 17. Verkaufsstelle

**Graupenstr. 2/4 (am Karisplatz)**

Machen Sie bitte bei Ihren Einkäufen in Butter, Käse, Eier, Schmalz etc. von unserer neuen Geschälteinrichtung recht ausgiebigen Gebrauch

# Vereinigte Pommersche Meiereien

## Breslau

### An die Arbeiterschaft des Nordens

Der Arbeitersportverein Zentral-Nord, Mitglied der Roten Sportgesellschaft, veranstaltet am Sonnabend, dem 9. Mai, im kleinen Schießwäldchen das erste Gründungsfest, verbunden mit einer Verlosung, welche von Geschäftsleuten zur Verfügung gestellt wurde. Der Eintritt beträgt 60 Pfennig. Unterstützt die Roten Sportler durch zahlreiches Erscheinen.

### Tödlicher Unglücksfall

In dem Grundstück Mariannenstraße 17 stürzte um 7 Uhr früh beim Fensterputzen die Arbeiterfrau **Techan** vom 4. Stockwerk hinab in den Hof und blieb dort tot liegen.

### Rote Hilfe, Stadtteil Ost

Freitag, den 8. Mai, findet bei Anton Joubilid, Königgräber Straße 10, eine öffentliche Versammlung mit Lichtbildvortrag statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, reiflich zu erscheinen und rege dafür zu agitieren.

### Rote Hilfe

Rechtsauskunft erteilt die Rote Hilfe jeden Donnerstagnachmittag um 3 Uhr im Büro der „Roten Hilfe“, Freiheitsgasse 2.

### Achtung! Stimmzetteloverteller!

Die Genossen, die die Stimmzettel zur Betriebsratswahl auf der Eisenbahn verteilen sollen, melden sich am Freitagabend 19 Uhr im Büro des Bezirkskomitees der RSD.

**Schauspielhaus. Operettenbühne.** Heute Freitag und täglich gelangt die mit größtem Erfolge zur Aufführung gebrachte **Zoban** - Strauß-Operette „Wiener Blut“ im Rahmen eines Gastspiels des Mollini-Theaters Hannover unter Leitung von Intendant Dr. Martin Friedmann in der Premierenbesetzung zur Aufführung. Die Preise sind vollständig von 50 Pfennig bis 4 Mark.

### Parteigenossen und Genossinnen

Auf zur Autofahrt nach **Robertzig** zum proletarischen Abend

**Sonntag, den 10. Mai 1931.**

Kesselpunkt 12,30 Uhr am Friedrichsplatz. Unkostenbeitrag für Fahrt und Eintritt 70 Pf. R.P.D. Breslau-Süd.

## Sonntag Groß-Sammeltag für den antifaschistischen Kampffonds!

Jedes Parteimitglied, jedes Mitglied der proletarischen Organisationen muß sich daran beteiligen!

### Aus dem Breslauer Stadtparlament!

# Der Hunger-Stat wird weiter beraten

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, in welcher die Beratung des Hungerstat fortgesetzt werden sollte, leisteten sich zunächst die Sozialdemokraten eines ihrer üblichen Betrugsmänöver zur „Beruhigung“ der rebellierenden Proleten. Der 31. Mai rückt heran. Die Avantgarde der Konterrevolution, der Stahlhelm, hat sich Schlessen anzuwenden zu einer seiner Uebungen für die Niederschlagung der Arbeiterklasse. Deshalb ruhmort es unter den sozialdemokratischen Arbeitern, die eine aktive Abwehr dagegen vermissen. Die RSD hat daher eine „Dringlichkeitsanfrage“ wegen des Aufmarsches an den Magistrat eingebracht, weil der Magistrat dieser Bande die städtischen Sportplätze zur Verfügung gestellt hat. Der Magistrat mit Herrn Bürgermeister „Genossen“ Masche war bereit, seine konterrevolutionäre Stellungnahme sofort zu vertreten, aber die Dringlichkeit wurde abgelehnt und die Beantwortung dieses Betrugsmanövers auf die nächste Sitzung verlagert. Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Zunächst wird beantragt, den Strompreis während der Sperrstunden von 50 Pfennig auf 48 Pfennig zu ermäßigen. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss überwiesen. Dort wird unsere Fraktion beantragen, vor allem den Preis von Strom zu Leuchtzwecken im Interesse der werktätigen Bevölkerung bedeutend weiter zu ermäßigen, da eine Ermäßigung um 2 Pfennig kaum bemerkbar ist.

Eine längere Debatte löste ein Magistratsantrag aus, der von der Stadt die Übernahme einer Bürgschaft über 250 000 Mark für den Ausbau des hiesigen Augusta-Hospitals fordert. Genosse **Jylla** führte hierzu aus, daß wir prinzipiell für die kommunalwirtschaftliche des Gesundheitswesens sind und wir deshalb die Subventionierung vollständig reaktionärer Anstalten ablehnen. Alle bürgerlichen Parteien, auch der älteste „Demokrat“ Dr. **Heilmann**, setzte sich für die Übernahme der Bürgschaft für ein Unternehmen ein, das unter dem Protektorat der Ertrumpfen steht und für die zukünftigen Kriege das Sanitätspersonal auszubildet. Selbst der Rämmerer der bei allen Wohlfahrtsausgaben gräßlich

### Frauen in Not! Wissenschaftler sprechen im Liebich.

Zum Piscator-Gastspiel  
In den Aufführungen von „Frauen in Not“ (§ 218), die im Rahmen eines Gastspiels der Piscator-Bühne Berlin ab Sonnabend im Liebich-Theater täglich stattfinden, werden in den von Erwin Piscator in das Stück eingebauten Zwischenaktgesprächen allabendlich bekannte Breslauer Wissenschaftler, Mediziner und Juristen, sprechen. In der Premiere am Sonnabend, dem 9. Mai, werden Herr Justizrat Dr. **Wamroth** über die juristischen und der Leiter der Frauenklinik am Allerheiligen-Hospital, Herr Professor **Hannes**, über die medizinischen Auswirkungen des § 218 sprechen und ihre Stellung zum § 218 präzisieren. Es dürfte wohl das erstmalig sein, daß Wissenschaftler im Rahmen einer Theater-Vorstellung das Wort ergreifen.

### Auf zum Kindertreffen in Waldenburg!

Am Sonnabend und Sonntag, dem 9. und 10. Mai, treffen in dem Hungergebiet Waldenburg Arbeiterkinder aus ganz Schlessen ein, um im gemeinsamen Aufmarsch mit älteren und jüngeren Klassen-genossen dem Hungerstern den Kampf anzulagen. Das Treffen ist verbunden mit einer Bezirkskonferenz der Roten Jungpioniere. An letzterer nehmen teil nicht nur die Helfer der bereits bestehenden Moniergruppen, sondern Genossen aus allen Ortsgruppen, wo die Kindergruppen zu errichten sind.

Die Abfahrt von Breslau per Lastauto geschieht am Sonnabend, dem 9. Mai, vom Neumarkt. Um 15 Uhr sammeln sich die Arbeiterkinder und die teilnehmenden Jugend- und Parteigenossen. Abfahrt ist um Punkt 18 Uhr.

### Programm in Waldenburg:

**Sonnabend, den 9. Mai, bis 20 Uhr Eintreffen der auswärtigen Teilnehmer. Um 20 Uhr Veranstaltung der Roten Jungpioniere (u. a. Auftrittslied der Roten Jungpioniere, Marionetten, Verfassungsgesänge, Bogkampf im Reichstag usw.)**

**Sonntag, um 9 Uhr, Beginn der Bezirkskonferenz der Leiter und Helfer.**

**Sonntag, um 9 Uhr, Ausflug aller übrigen Pioniere nach den Bergen. Um 15 Uhr gemeinsame Demonstration der älteren, jüngeren und jüngsten Klassen-genossen durch Waldenburg. Um 19 oder 20 Uhr Abfahrt nach den Ortsgruppen.**

### Arbeiter und Genossen! Kommt am Sonnabend um 15 Uhr auf den Neumarkt und verabschiedet euch von euren Kindern!

### Sparbarkeit empfiehlt, trat für die Bürgschaft ein, trotzdem es ein Konkurrenzunternehmen der städtischen Krankenhäuser ist.

Dann wurde in die Weiterberatung des Haushaltsplans eingetreten. Beim Kapitel Wohnungswesen stellte unsere Fraktion den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, sofort einen Plan zum Bau von Wohnungen aufzustellen, deren Größe und Einrichtungen den Verhältnissen der Arbeiter entsprechen und deren Mieten so bemessen sind, daß sie durch die Arbeiter und Erwerbslosen getragen werden können.

Genosse **Abelt** geißelte scharf den „Sparbarkeitsfimmel“ des Magistrats in allen sozialen Ausgaben, während für Polizeizuschüsse genügend Gelder vorhanden sind. Unser Antrag auf Erhöhung des Betrages für Fremdmilcharten wurde angenommen.

Beim Stat für Gesundheitswesen will der Magistrat 10 000 Mark durch Umlage der Schüler aufbringen. Unsere Fraktion lehnt das selbstverständlich ab; wir verlangen völlig kostenlose Behandlung aller Volksschulkinder.

Durch eine dringliche Anfrage wurde bekannt, daß für die evangelische Frauenhilfe während der Dienstzeit in den Büroräumen des Magistrats gesammelt wird. Der Stadtrat **Przybilla** verteidigte diese seine Maßnahme und ist sogar hoch erfreut, daß bei ihm, dem Zentrumsmann, ein evangelischer Verein um die Erlaubnis zum Sammeln gebeten hat. Genosse **Preis** prangerte das Verhalten des Magistrats in scharfen Worten an und stellte fest, daß Sammler proletarischer revolutionärer Organisationen, wenn sie beim Sammeln erwischt werden, sogar Gefängnis bekommen.

Der Oberbürgermeister verzögert sich sogar zu der Behauptung, daß es die Stadtverordneten nichts angehe, wer in den Magistratsräumen sammle. Die Demokratin **Krause** sprach sich zwar gegen das Sammeln in Büroräumen aus, stimmte aber, wie es einem echten „Demokrat“ und Staatsparteieller geziemt, für die Zurückstellung des Antrages, da bis zur nächsten Sitzung die Sammlung beendet sein wird. Nach Erledigung dieser Vorlage wurde in die Weiterberatung des Gesamtstats eingetreten. Der Staatsparteieller

**Wolf** hätte bestimmt als Jongleur und Gedächtniskünstler mit Zahlen das Liebich-Theater durch ein Auftreten noch für einige Monate retten können. Vom Gehaltszettel scheint er nur die Zahlen auswendig gelernt zu haben. In der nächsten Sitzung in 2 Wochen wird Genosse **Abelt** den Standpunkt der kommunistischen Partei zu dem Polizei- und Hungerstat vertreten.

Bis zu diesem Tage werden wir die gesamte werktätige Bevölkerung Breslaus mobilisieren. Nicht nur die Stadtverordneten müssen während der Sitzung den Klassencharakter dieses Stats aufzeigen sondern die Arbeiter und die Gewerbetreibenden, die Mittelstände und Erwerbslosen müssen in Versammlungen Stellung nehmen zu dem faschistischen Kurs der Kommune, müssen durch Abordnung der Oberbürgermeister klar machen, daß sie nicht gewillt sind, an Kosten einer blühenden Schicht von Besitzenden die Lasten für alle unsozialen Ausgaben zu tragen.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Probing und Lokales: **Rüchli** Breslau. — Für die übrigen Seiten: **Karl Brelmer**, Berlin. — Für Inserate **Karl Gansdorf**, Breslau. — Verlag und Druck: **Schlesische Verlagsgesellschaft** m. b. H., Breslau.

## Max Schönfelders

### billiges Wochen-Angebot

ist heute wieder von ganz besonderem Interesse. Zunächst die erfreuliche Mitteilung: **Keine In Mollerei-Tafelbutter** beste Kernware, wieder billiger: das Pfund nur 1,44 Mk.

Dann für die warme Jahreszeit:

a) Fruchtstücke	1/2 Str. 1/2	1/2 Str. 1/2
1a Gebirgs-Himbeerjast	1,20	—,88
1a Johannisbeerjast	1,35	—,76
1a Kirschjast	1,20	—,88
1a Zitronenmost, gefüllt	1,20	—,68
1a Natur-Orangeade	1,50	—,85
b) Fruchtweine	1 Fl.	5 Fl.
1a Apfelwein, herb	—,80	2,90 5,60
1a Apfelwein, süß vergoren	—,80	3,90 7,50
1a Apfelwein, Speierling, extra Duaf.	—,70	3,40 6,60
1a Johannisbeerwein	—,75	3,70 7,20
1a Stachelbeerwein	—,75	3,70 7,20
1a Heidelbeerwein	—,85	4,15 8,10

Meinverlauf für **Scherers Apfelsaft**, alkoholfrei, 1/2 Scherers Apfelsaft mit 1/2 Trindwasser vermischt, ergibt ein herrliches Tafelgetränk.

1	5	10 Flaschen
—,95	4,65	9,00 Mk.

Sonderpezialität meiner Weinellerei: **Malbowie** nur aus garantiert reinen Traubenweinen und nach jahregehaltelangen, altbewährtem Rezept hergestellt, bei 1 5 10 25 Flaschen

—,95	—,93	—,90	—,88	Mk. p. Fl. inkl. Gf.
------	------	------	------	----------------------

Zur Zubereitung von **Sowien** empfehle ich ganz besonders:

1930er Lammeller (Wofel), Fl. —,85 Mk. inkl. Gf.  
1930er Winderinger Kleinberg (Wofel) Fl. —,95 Mk. inkl. Gf.  
1929er Biebfrauenmilch, Fl. 1,10 Mk. inkl. Gf.  
Obstfekt, inkl. Vanerole, die Fl. 1,35 Mk.  
Bei Versand nach auswärts: Verpackung kostenlos, und von 25 Flaschen an franko Empfangstation.

Freitag, Sonnabend und die kommende Woche: **Werbe-Verlauf für**

**Prima prima gekochten Saffminken**, besonders mild und saftig, 1/4 Pfd. —,40 Mk.  
**Echte Holsteiner Herdelwurft in Fettbarm**, Dauerwurst, fein im Geschmack, das Pfd. nur 1,52 Mk.  
Postkoll, 9 Pfd., d. Pfd. 1,50 Mk., durch d. Post franko.  
**Prima Plodwurst**, in ganzen Würsten, je Pfd. nur 1,38 Mk., 1/4 Pfd. nur 38 Pf.  
Von ganz ehler Qualität stelle ab Freitag vormittag 11 Uhr zum ganz billigen Verkauf:

1a **Berliner Mettwurst (Silbasse)**, aus reinem Schweinefleisch hergestellt, 1 ganz. Würsten, je Pfd. nur 1,18 Mk.

Frische Zufuhr von **Fündern**, d. Pfd. —,48 Mk.  
Ich habe in dieser Woche nochmals 1 Waggon 1a **Schnittbohnen** herangelommen, die ich zu dem sehr billigen Preise von nur 37 Pf. die 1/2 Pfd.-Dose verkaufe. Soeben wieder neu eingetroffen:

**Del-Sardinen** in Portionsschalen

1	5	10	25	50	100 Dosen
—,20	—,98	1,94	4,80	9,50	18,90 Mk.

Für die Salatzzeit empfehle besonders preiswert: **1a Erbauungs-Tafelisi**

Flasche zu 100 Gr.	250 Gr.	500 Gr.	1 Pgr.
—,32	—,55	—,95	1,80 Mk.

**Riviera-Diäten**, allerbestes, in eleganten Blechkastern zu 500 Gr., 1000 Gr., 2 1/2 Pgr. und 5 Pgr. Netto-Gewicht, zu nachstehenden sehr billigen Preisen

500 Gr.	1000 Gr.	2 1/2 Pgr.	5 Pgr.
1,15	2,10	5,—	9,50 Mk.

M. S. M.

## Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56  
Tel. Nr. 204 23 und 274 02. Postfach: Breslau 6630.  
Schnelles Verlangen nach auswärts.

## Große Kinder-Kundgebung am Neumarkt

Freitag, den 8. Mai, um 18 Uhr, treffen sich alle Arbeiterkinder am Neumarkt. Es spricht Genosse **Jungmann**, Berlin.



# Rund um den Erdball

Reins und seine beiden Schwestern in Genua verhaftet

## Geständnis des Briefträgermörders

Durch Telefongespräche mit Berlin verriet er ihren Aufenthaltsort

Berlin, 7. Mai. Am Mittwochabend gelang es, den Mörder des Berliner Geldbriefträgers Schwan, den arbeitslosen Maurer Ernst Reins, im Hotel „Ergelstor“ in Genua zu verhaften. Die sich in seiner Begleitung befindlichen beiden Schwestern Jenny und Inge Reins konnten ebenfalls festgenommen werden. Alle drei waren am Dienstagabend in Genua eingetroffen. Reins hat gleich beim ersten Verhör am Donnerstagmorgen nach anfänglichem Leugnen ein volles Geständnis abgelegt. In seinem Besitz wurden noch 1740 Mark in deutschem Gelde und italienisches Geld im Gesamtwerte von etwa 3000 Mark gefunden.



Briefträgermörder Ernst Reins

Am Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr traf im Berliner Polizeipräsidium die amtliche Mitteilung des Generalkonsulats von Genua über die erfolgte Verhaftung ein, worauf sich sofort Berliner Kriminalbeamte per Flugzeug nach Genua begaben. Die überraschend schnelle Verhaftung der drei ist einer abermaligen Unvorsichtigkeit der Flüchtlinge zuzuschreiben. Eine der jetzt verhafteten Schwestern hatte nämlich aus Genua zweimal in der Berliner Wohnung ihrer Mutter angerufen, ohne jedoch Antwort zu erhalten. Nun meldeten die Mädchen, die von der inzwischen erfolgten Verhaftung der Mutter keine Ahnung hatten, ein drittes Gespräch an eine Bekannte an, wo sie sich nach dem Befinden der Mutter erkundigten. Gleichzeitig bat sie, der Mutter zu bestellen, sie solle ihnen unter „Chiffre S.E.S. 13 Genua“ hauptpostlagernd Nachricht geben.

Von diesem Telefongespräch machte die Angerufene sofort der Polizei Mitteilung, worauf die Berliner Mord-

kommission sofort die Genueser Polizei benachrichtigte. Diese suchte daraufhin sämtliche Hotels ab, und es gelang tatsächlich noch am selben Abend, die drei im Hotel „Ergelstor“ festzunehmen.

Über die Verhaftung des Briefträgermörders und seiner Schwestern werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Die Geschwister Reins, die am Mittwoch Morgen im Hotel Ex-

gellior eingetroffen waren, erzählten, daß sie von der Riviera kämen und daß sie gesonnen seien, 10 bis 14 Tage in Genua Aufenthalt zu nehmen. Sie legten dem Hotelpartier ihre richtigen Pässe vor. Am Nachmittag machten sie dann einen gemeinsamen Spaziergang durch die Stadt. Zurückgekehrt erzählten sie, daß der Besuch Genuas ihnen das größte Erlebnis ihres Lebens bedeute. In den Abendstunden wurden sie dann von italienischen Kriminalbeamten unangefällig verhaftet. Die Beamten fragten Reins nach seinen Personaldaten, worauf er kaltblütig seinen Paß vorzeigte. Die beiden Mädchen, die eine Viertelstunde später das Hotel betraten, wurden bei der Verhaftung leicht erbläßt. Alle drei wurden dann im Auto zur Polizeidirektion geschafft, wo Reins am Donnerstagmorgen, nach anfänglichem Leugnen, ein volles Geständnis über sein furchtbares Verbrechen ablegte.

Nach den internationalen Gepflogenheiten muß nunmehr die deutsche Auswärtige Amt einen Antrag an Italien auf Auslieferung Reins stellen. Diese Verhandlungen werden ungefähr 14 Tage in Anspruch nehmen.

Vom Florentiner Gericht zu einem Namen verurteilt

## Wer ist Nummer 44170?

Ungeklärter Frauenstreit um den „Unbekannten von Collegno“

Rom, 7. Mai. Der sogenannte Appellationshof von Florenz hat vor einigen Tagen in dritter Instanz einem Manne, der im Jahre 1927 ins Zarenhaus eingeliefert wurde und sich angeblich an nichts mehr erinnern konnte, sozusagen zu einem Namen verurteilt. Um diesen Verurteilten kämpfen bereits seit Jahren zwei Frauen, von denen jede behauptet, es handele sich hier um ihren Mann.

Die Hintergründe dieses eigenartigen Gerichtsverfahrens sind kurz folgende: Im Jahre 1927 wurde ein Mann aufgegriffen, der angab, sein Gedächtnis vollkommen

verloren zu haben. Im Zarenhaus erhielt er die Nummer 44170. Trotz angestrengtester Nachforschungen gelang es lange Zeit nicht, seine Herkunft festzustellen. Eines Tages nun reklamierte eine Frau Professor Canella ihn als ihren im Weltkrieg vermissten Mann. Gleichzeitig aber meldete sich eine Frau Bruneri, die ihn als ihren geflüchteten Mann, einen Buchdrucker von Beruf, erkennen wollte.

Jahrelang beschäftigten sich nun die Gerichte mit der weltbewegenden Frage: Ist der „Unbekannte von Collegno“ nun Professor Canella oder der Buchdrucker Bruneri? Er selbst gab sich nachher, als sein Gedächtnis langsam wieder zurückkehrte, als Professor Canella aus. Das Turiner Gericht, das sich in der ersten Instanz mit dieser knifflischen Frage beschäftigten mußte, erkannte, daß kein Beweis dafür erbracht sei, daß es sich bei dem Unbekannten um den Buchdrucker Bruneri handele. In der zweiten Instanz kam man zu dem entgegengesetzten Resultat. Der Appellationsgerichtshof in Florenz bestätigte nun das zweitinstanzliche Urteil.

Bermüdet wird diese, auch durch das Florentiner Urteil längst nicht geklärte Angelegenheit durch die Tatsache, daß der Unbekannte bereits seit längerem als „Professor Canella“ lebte und auch mit Frau Canella mehrere Kinder hat. Die Juristen zerbrechen sich nun die Köpfe, ob sie diesen „Professor Canella“ nun wegen Betruges, den er als Buchdrucker begangen hatte, belangen können.

## Helft den Kindern

Heraus zur Internationalen Kinderwoche vom 1. bis 14. Mai

Kämpft mit den Kindern der Eingekerkerten für die Freilassung ihrer Väter und für die Vollamnestie! Massensolidarität mit den Kindern der Gemordeten und Eingekerkerten

verloren zu haben. Im Zarenhaus erhielt er die Nummer 44170. Trotz angestrengtester Nachforschungen gelang es lange Zeit nicht, seine Herkunft festzustellen. Eines Tages nun reklamierte eine Frau Professor Canella ihn als ihren im Weltkrieg vermissten Mann. Gleichzeitig aber meldete sich eine Frau Bruneri, die ihn als ihren geflüchteten Mann, einen Buchdrucker von Beruf, erkennen wollte.

## Gefährliche Flugzeugpassagiere

Ein Flugzeug, das in Marseille mit zwei Mann Besatzung und drei Passagieren aufgestiegen war, hatte außerdem mehrere bewohnte Bienenkörbe an Bord. Im Rhône-Tal geriet die Maschine in einen heftigen Sturm, wodurch einer der Bienenkörbe geöffnet wurde, so daß die Bienen auszufliegen konnten. Der ganze Bienen Schwarm geriet nun in die Passagierkabine und den Führerraum. So gut es ging, verteidigten sich die Fahrgäste mit Taschentüchern, während der Führer, um das Leben der ihm anvertrauten Fahrgäste nicht zu gefährden, hilflos den wütenden Wutaden der gefährlichen Flugzeugpassagiere preisgegeben war. Trotzdem gelang es ihm, ohne weitere Zwischenfälle zu landen.

## Sowjetforscher reisen ins Erdbebengebiet

Insgesamt 390 Tote — 7420 Verletzte

Moskau, 7. Mai. Die Sowjetregierung erteilte der Akademie der Wissenschaft den Auftrag, sofort eine besondere Expedition nach dem Erdbebengebiet in Transkaukasien zu entsenden, um dort wissenschaftliche Forschungen über den Herd der Erdbeben anzustellen. Gleichzeitig soll die Expedition das ganze kaukasische Gebiet untersuchen und für die Städte in der Gefahrenzone ein besonderes Gebäudesystem ausarbeiten, das geeignet ist, Erschütterungen der Erde am besten Stand zu halten. Nach den endgültigen Ergebnissen forderte die Katastrophe insgesamt 390 Todesopfer. 51 Dörfer wurden zerstört, 7420 Personen verletzt. 5875 Stück Vieh sind umgekommen.

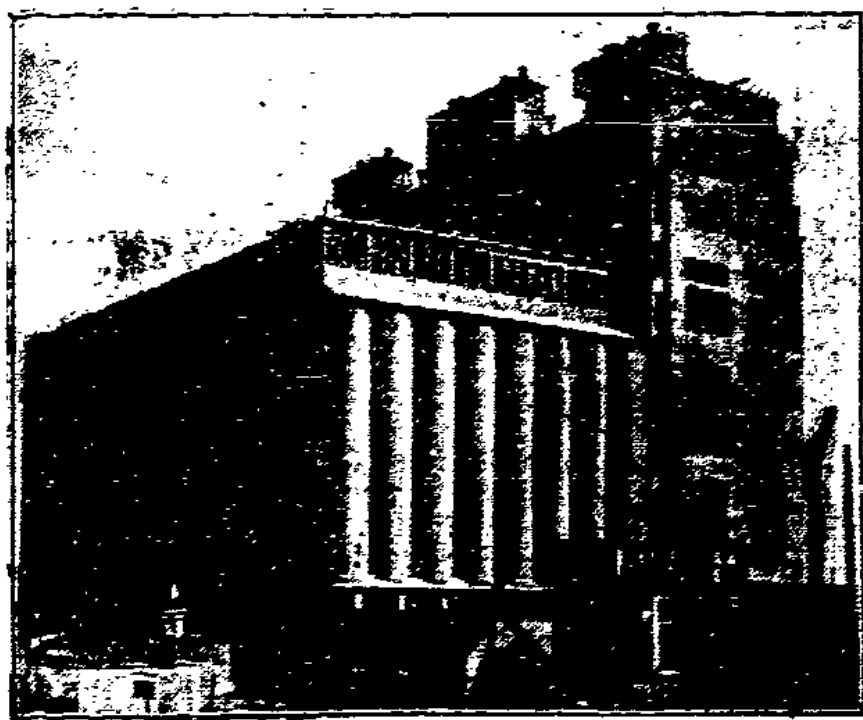
## Zwei schwere Autokatastrophen in Rumänien

Nach einer Meldung aus Bukarest stürzte in der Nähe von Kronstadt ein vollbesetzter Autobus in einen Graben. 14 Personen wurden verwundet, darunter sieben schwer. Am selben Tage verunglückte bei Schäßburg ein Privatauto, dabei wurde eine Person getötet und vier schwer verletzt.

## Ein Zwölfjähriger als Lebensretter

Das dreijährige Töchterchen eines Jähmanns in Woldenberg in der Mark Brandenburg stürzte bei Neuen-dorf beim Spielen in das Fließ. Der 12jährige Schüler Basted, der den Vorfall beobachtet hatte, sprang sofort dem Kinder nach und rettete es unter Einjah seines eigenen Lebens.

## Europas größter Getreideelevators

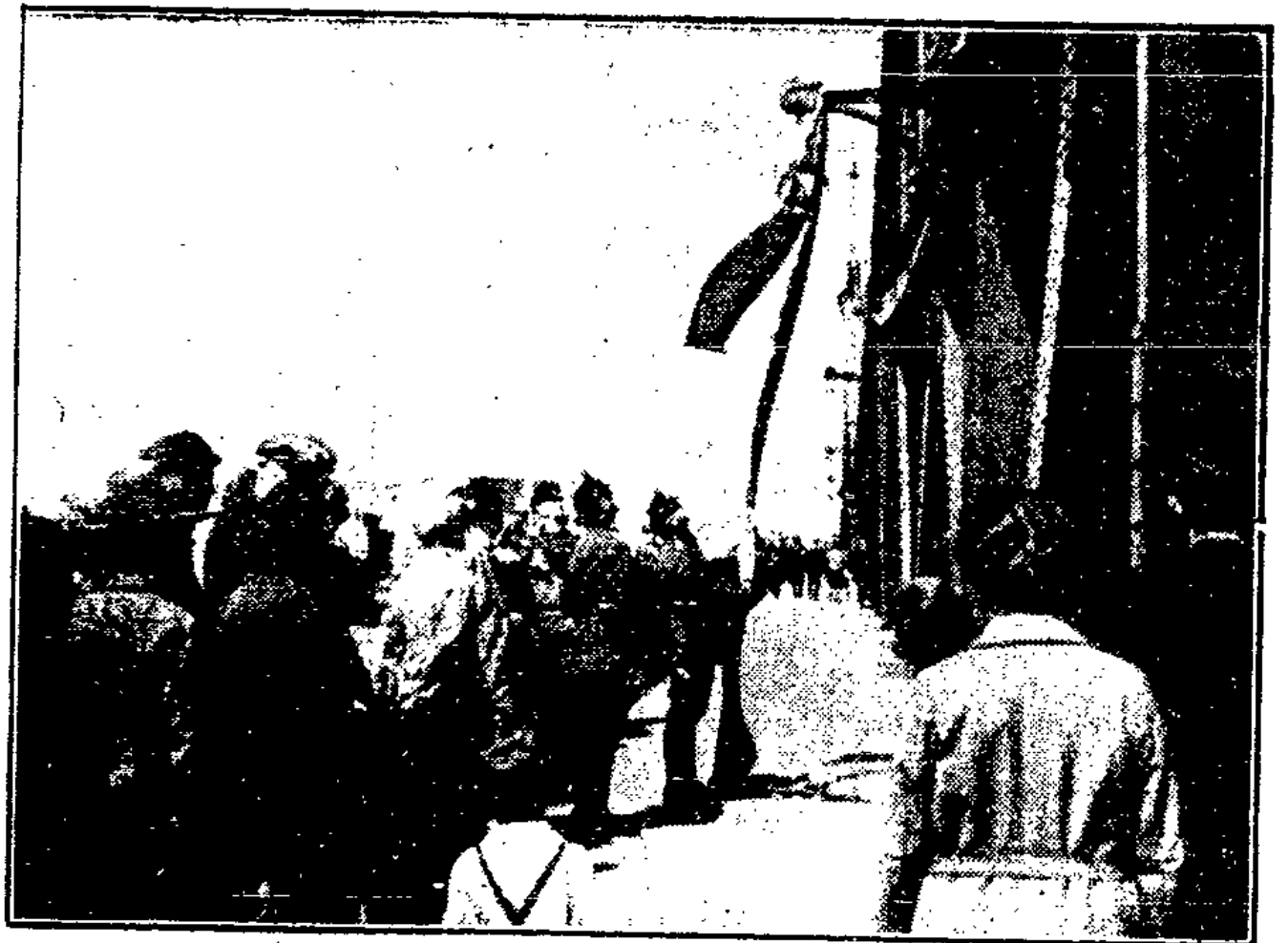


Ein Markstein des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion stellt der große Elevator im Hafen von Nikolajew am Schwarzen Meer dar. Er ist mit seinen 41000 Tonnen der größte Getreideelevators Europas.

Aus der neuen „AIZ“

## Das „staatsgefährliche“ Transparent

Am Morgen des 6. Mai, also des 2. Jahrestages des RFB-Verbots, wehte weithin aufsehenerregend auf der sogenannten Millionenbrücke in Berlin ein rotes Transparent, das an dieses Verbot erinnerte. Unser Bild zeigt die Polizei, wie sie in mühevoller Arbeit das staatsgefährliche Transparent beseitigt.



## Zwei zusammengebundene Leichen geborgen

Aus Saganik wird gemeldet, daß dort am Mittwoch zwei zusammengebundene Leichen, ein Mann und eine Frau, die auf hoher See geborgen wurden, eingebracht sind. Es handelt sich um zwei Berliner, und zwar den Monteur Ernst Schmidt und die geschiedene Frau Gertrud Köttling. Man vermutet, daß das Paar aus unglücklicher Liebe in den Tod gegangen ist.

## Wieder Erdbeben in Neuseeland

Am Donnerstag wurde im neuseeländischen Erdbebengebiet ein neues Erdbeben verspürt. Der geängstigten Bevölkerung bemächtigte sich eine wilde Panik. Das Zentrum des Bebens liegt im Meer, östlich von Gisborne.

## Vater erhängt seine Tochter

Nach einer Pariser Meldung erhängte in dem französischen Dorfe Coréce ein Vater seine Tochter vor den Augen der

Schwiegermutter, weil sie gegen seinen Willen heiraten wollte. Während der Brauttag bei Militär war, lud der Vater seine Tochter und deren Schwiegermutter zu sich auf das Dorf ein. Nach einem gemeinsamen Spaziergang warf der Vater plötzlich seiner Tochter eine Schlinge um den Hals und erhängte sie an einem Baum. Nachdem der Tod eingetreten war ergriff der Mörder seines eigenen Kindes die Flucht.

## Billige Reisen nach Sowjetrußland

Das Reisebüro „Antourist“ veranstaltet, um den Vertrieben die Möglichkeit zu bieten, medizinische und kulturelle Einrichtungen der Sowjetunion kennenzulernen, speziell für Verste billige Reisen nach der UdSSR in drei Preiskategorien, und zwar 1. 10 Tage Moskau, 200 oder 300; 2. 8 Tage Moskau und 4 Tage Leningrad, 225 oder 370; 3. 6 Tage Moskau, 4 Tage Leningrad und 4 Tage Wolgograd, 250 bis zum 10. Mai; 4. 5 Tage Moskau, 4 Tage Leningrad und 4 Tage Wolgograd, 275 bis zum 10. Mai. Die Reise beginnt am 23. d. ab Berlin. Zur Erleichterung der letzten Formalitäten und Entgegennahme der Forderungswesen wurden sich sämtliche Teilnehmer am genannten Tage um 17 Uhr im Büro der „Antourist“, Berlin 222 7, unter den Linden 62, einfinden.

Verantwortlich: Richard Kraus, Berlin



# Waldenburger Bergland

## Der Hungeretat der 'sozialistischen' Gemeinde Weißstein mit Hilfe eines Ueberfallkommandos unter Dach und Fach gebracht

### Einheitsfront von Sozialdemokraten bis zu den Nazis

Die am Dienstag stattgefundene Gemeindevertretersitzung hatte sich mit dem Haushaltsvoranschlag zu beschäftigen. Die Einsparungen, die dieser Voranschlag aufwies, sind dazu angehen, das Elend der Armen nur noch zu vergrößern. Besondere Kürzungen sind vorgeesehen im Schul- und Wohlfahrtsetat. Das Gesamtergebnis des Gemeindevoranschlags, daß diese Maßnahmen durch Verordnungen der Regierung durchgeführt werden müssen, ist nichts als elende Heuchelei. Daß sein Ministergenosse Sebering den Gemeindevoranschlag die höchsten Steuern distanzierte, „vergaß“ Herr Hertwig wohlweislich zu sagen. Die sozialdemokratischen Zuhörer sollen davon auch nichts wissen, das könnte sich für die Konfords- und Panzerkreuzer-Sozialisten katastrophal auswirken. Von jeder Fraktion (außer den Nazis) sprach ein Vertreter zum Etat. Genosse Wistuba prangerte die Schuldigen am Hungeretat vor der Öffentlichkeit an und erhielt zwei Ordnungsruufe für die Bezeichnung „Hungerkanzler“. Der SPD-Redner Scholz machte in seiner politischen Kurzsichtigkeit die Kommunisten verantwortlich für den bisherigen Kuhhandel der Sozialdemokraten mit ihren bürgerlichen Freunden. Man nenne das Dummheit oder Unverfrorenheit. Als Genosse Neumann zu Abschluß 1 des Etats das Wort ergriff und zu der — na, sagen wir Dummheit des SPD-Etatsredners etwas sagen wollte, wurde ihm das Wort entzogen und schließlich wurde er von dem kleinen Mussolini aus der Sitzung ausgeschlossen. Genosse Neumann verließ den Sitzungssaal nicht, worauf Herr Hertwig die Sitzung auf eine halbe Stunde schloß. Diese Zeit nutzte unser Genosse N., um die Zuhörer über die wahren Ursachen aller Verschlechterungen in ge-

brängter Form zu informieren. Mussolini-Hertwig benutzte die Zeit, ein Ueberfallkommando Krüppelgarde zu alarmieren. Nun urteilt, Arbeiter von Weißstein, wer wohl der wahre Arbeitervertreter ist, Genosse Neumann oder der satte Herr Hertwig.

Von einem Gummihüpfelträger wurde Genosse Neumann gewaltsam aus dem Saal entfernt.

Lebhafte Psalmen aus den Zuhörerbänken begleiteten die „Selbsttat“ des Sozialfaschisten Hertwig.

Aus der weiteren Staatsberatung ist noch zu erwähnen, daß durch besondere Bezahlung des Flurlicht- und Wassergeldes (das bisher in die Kasse eingerechnet war) in den Gemeindefhäusern 15.000 Mark herausgeholt werden sollen.

Festzuhalten ist hierbei besonders das skandalöse Verhalten der Mietervereinsvorsitzenden SPD-Vertreter Köfler und Fritz Müller, die durch Zustimmung zum Gesamtetat die Mieter wiberprückslos belasteten.

Der im Etat vorgezeichnete Abbau von zwei Lehrstellen wird sich zum Nachteil für die Arbeiterkinder auswirken, ganz besonders aber in der weltlichen Schule, in der die Klassenfrequenz schon jetzt über 50 Schüler beträgt.

Wer stimmte für den Gesamtetat mit allen seinen Verschlechterungen? Sämtliche Sozialdemokraten und Bürgerliche mit dem Nazel. Seht euch die sogenannten „Arbeitervertreter“ an, Einwohner von Weißstein, und merkt euch alle.

**Aber nicht nur merken sollt ihr euch diese Arbeiterfeinde. Verschärfter Kampf auf der ganzen Linie, das ist das Gebot der Stunde. Hinein in die SPD., das ist die Losung, für die jetzt mit verzehnfachter Kraft geworben werden muß.**

## Arbeiteramariter-Kolonie Weißstein

Sonntag, den 10. Mai, 9 Uhr, Monatsversammlung im Feuerwehr-Depot. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

## Schweidnitz

### Geschäft ist Geschäft!

Am 1. Mai marschierte so mancher Mittläufer der SPD. mit mehrerlei Absichten in „Festsitze“ durch die Stadt. Nicht zuletzt der „ausgetretene“ Kommunismus und „Gewerkschaftsvertreter“ Carl Hitzig. Immer mehr zeigt sich das wahre Gesicht dieses „Kollegen“! Unzählige Male sprach Hitzig die Worte: „Heißt gegen meine Ueberzeugung handle, gehe ich lieber fremd sein.“ Na, das war einmal. Es ist doch schöner, gefahrloser und einbringlicher, als Mitglied der SPD. und des ADGB. ein schönes, sicheres Pöstchen zu haben, als Arbeiter im Sinne Marx und Lenins zu sein.

Die Klassenbewußten Arbeiter erkennen immer mehr, daß der Kampf immer ernster wird. Die ehrlich denkenden und handhabenden Proletarier finden sich zusammen, und alle geschäftstüchtigen Maul-Revolutionäre enden bei den Sozialfaschisten. Besser, harte Ziel vor Augen, als Feigheit und Doppelmoral! Nicht mit schönen Uniformen und Tanzkränzchen wird der sozialistische Staat geschaffen, sondern im harten, konsequenten Klassenkampf!

### Der „Stahlhelm“ in Schweidnitz?

Anlässlich des großaufgezogenen (Geldgeber?) Kummels (Bürgerkriegsübungen) des „Bundes der Frontsoldaten“ am Ende dieses Monats, wird auch versucht werden, Schweidnitz als Quartierort im großen Maßstab zu benutzen. Pflicht aller Arbeiter ist es, schon jetzt für die nötige Aufklärung Sorge zu tragen. Es ist nötig aufzuzeigen: das ganze Unternehmen soll mehr als eine Spielerei sein, ein Generalsappell, eine Probe, wie weit der Faschismus vorbereitet ist, die

## Niederschlesien

### Greifenberg

#### Heraus zur Versammlung!

Am Freitag, dem 8. Mai, 20 Uhr, findet im „Schützenhaus“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent ist der von der SPD. zur SPD. übergetretene Genosse Redakteur Döring, Langenbielau. Wir fordern besonders die sozialdemokratischen Arbeiter auf, zu erscheinen. Die Funktionäre sind brieflich eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintritt von 20 Pfennig, von Erwerbslosen 10 Pfennig erhoben.

### Guhrau

#### 1 Mark und 60 Pfennig die Woche

Aus Zerpau schreibt uns ein Arbeiter: „Ich bin Vater von sechs Kindern und habe das zweifelhafte Vergnügen, auch zu den sogenannten „Ueberflüssigen“ zu gehören. Deshalb bin ich „Wohlfahrts-Empfänger“. Ich habe sechs Kinder, und um mich und diese zu Meiden und leben zu können, hat man mir „großzügig“ eine Unterstützung in Höhe von 11 Mark die Woche, das sind pro Kopf und Woche 1,60 Mark, bewilligt. Daß ich mit dieser Unterstützung samt meinen Kindern langjam verhungern muß, versteht sich von selbst. Ich wandte mich daher an den Kreisaußschuß, um eine Erhöhung der Unterstützung oder eine Beihilfe zu erhalten. Obwohl im Ausschuß auch ein SPD.-Mann sitzt, war auch er damit einverstanden, daß mein Antrag abgelehnt wurde. Dann bat ich wenigstens um die Mittel zur Beschaffung von Schulbüchern im Betrag von 17,60 Mark. Auch das wurde abgelehnt. In meiner Verzweiflung wandte ich mich schließlich unter Darlegung meiner trostlosen Lage an das Innenministerium. Aber wie nicht anders zu erwarten war, auch vergebens.

Soweit die Zustriß eines aus dem Heer der ungegalteten Landende, die nicht mehr mitzählen im Konto des Kapitalismus. Man hat nur nicht den Mut, diesen Ausgestrichenen zu sagen, daß sie sich irgendwoher einen Strich holen sollen. Wir aber sagen natürlich, daß sie dem Kapitalismus diesen Gefallen nicht erweisen dürfen. Hier hilft nur der Kampf, und für diesen Kampf unter allen denen zu werben, die sich in ähnlicher Situation befinden. Wir müssen allen diesen vom Hungertod Bedrohten beibringen, daß nicht sie überflüssig geworden sind, sondern daß die Gebieter überflüssig sind und sie zu verdrängen haben, samt ihren Lakaien.

hungern den Werkstätten im Januar zu halten, falls diese nicht gemillt sein sollten, Ra und Amen zum weißen Terror zu sagen. Arbeiter, überlegt diese Seiten des Stahlhelmaufmarsches und richtet euer Verhalten danach.

## Gegner der Sowjetunion über den Bolschewismus

Sogar der Evangelische Geistesverein ließ sich am 1. n. M. etwas über das „Land der Gottlosen“ erzählen! Es sprach Vizevorsitzer Hitzig über „Rechtsverhältnisse in Rußland“. Sein Wissen schöpfte er aus einem deutschen Werte über „Rechtsstände im heutigen Rußland“. Abgesehen von manchem, was er als Mittelständler nicht verstehen kann, fand er nichts Direktes gegen die Sowjetunion zu sagen. Natürlich waren die russischen Gesetze

## Mittelschlesien

# Der Bürgermeistersohn von Strehlen

### hat 80 Mark Taschengeld — Die Proleten hungern, er wirft Eier an die Wand

Wer am letzten Sonntag in Strehlen durch die Weidenstraße ging, der mußte glauben, das Viertel einer Tobuchtsauktion zu passieren. Bei näherer Erkundigung über diesen Skandal zur Mitternachtszeit mußte man erfahren, daß der 16-jährige Sohn des Bürgermeisters wieder mal eine seiner üblichen, schon zur und der Umgebung in die größte Aufregung und Empörung verwickelten. Genüge bekannten Kontrollen gab, die alle Bewohner des Hauses Mar machte von der Warmierung der Nachtpolizei Gebrauch. Die beiden erschienenen Nachtpolizisten begaben sich nun in die Wohnung des Bürgermeister-Sohnes und gebeten Ruhe. Aber wer da glaubt, daß der Sohn des Polizeivorgesetzten den Nachwachsbewachten jenen Respekt entgegenbringen würde, den man von einem Proleten bei jedem geringfügigen Anlaß immer verlangt, der sollte sich bitter enttäuscht sehen. Kaum waren die Hüter des Gesetzes verschwunden, und um so toller setzte nun der Skandal ein. Erst nach 1 Uhr nachts hatte sich dieser rohdauflustige Grünhänfling heißer geäußert und so trennte er sich um diese Zeit von seinen Saufkumpanen.

Bedenkt man, daß ein solcher Madaubender für die Juristenlaufbahn vorgezogen ist, so kann man ersehen, wie sich solche „Mäntel“ in der Rechtspflege auswirken müssen, wenn es uns nicht bald gelingt, diese Gesellschaftsordnung mit Stumpf und Stiel anzurotten.

80 Mark Taschengeld für diesen Jüngling aus dem gut gepflegten Gehaltsjäckel des Vaters — ausgebracht von den Steuergroßchen der Arbeiterstadt Strehlen — werden manchem hungrigen und arbeitslosen Proleten zu denken geben. Aber nicht genug damit. Während Millionen von Proleten hungern, wirft dieser Bürgermeistersohn ein Ei nach dem anderen an die Tapete der komfortablen Bürgermeisterwohnung und zahlt der Aufwartefrau am nächsten Tage 1 Mark für das Tapetenreinigen.

Und wie nennt die Frau Bürgermeister das Treiben ihres Sohnes? Höchst wunderbar! So sieht die doppelte Moral dieser Gesellschafts-Klasse aus.

Was aber wird mit der Anzeige des Nachtpolizisten vom 26. zum 27. April? Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, es zu erfahren.

## Strehlen

### Trotz Schikanen der Polizei und Behörden glänzender Maifesttag

Wir sind nun in der Lage, zusammenfassend über die Schwierigkeiten, die uns von den zuständigen Stellen bei unserer Propaganda für den 1. Mai gemacht wurden, zu berichten. So wurde uns, als wir — wie alle Jahre üblich — am 1. Mai ein Konzert auf dem Ring abhalten wollten, von der Polizei erklärt, daß das aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich sei und uns die Genehmigung nicht erteilt werden könne. Darauf forderten und erhielten wir auch die Genehmigung zur Veranstaltung des Konzerts auf dem Heinkelplatz. Das schon ausgearbeitete Programm wurde dahingehend umgeändert und auch in Druck gegeben. Gegen den Text sowie die Farbe des verwendeten Papiers hatte die Polizei, als ihr der Vorkauf abverlangt wurde, nichts einzuwenden.

Nach Fertigstellung der Plakate ging es nun Schlag auf Schlag.

über Eheschließung, Ehescheidung, Kindererbschaft, Abrechnung, Taktik, Kräfte um ihm als gut bürgerlich dem Staatsbürger nicht recht. Als nach dem Vortrag von einem „Anderdenkenden“ gefragt wurde, woher er sein Wissen habe und ob er schon einmal in Kuglar gewesen sei, war eine kleine Aufregung zu verzeichnen. Eine weitere Antwort wurde nicht erteilt. Rußland setzt sich durch! Der sozialistische Staat spukt auch im Gebiet ruhiger Bürger!

## Das Urteil im Taubnitzer Raubprozeß

Schweidnitz, 6. Mai. Am Dienstagvormittag fällt das Schöffengericht in Schweidnitz im dem Prozeß gegen die beiden Brüder Richard und Paul Tike wegen Raubüberfalls bei Taubnitz, Kreis Striegau folgendes Urteil: Die Angeklagten werden wegen Beihilfe an einem schweren Raubüberfall mit Todesfolge Richard Tike zu acht Jahren Zuchthaus und Paul Tike zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Den Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren abgesprochen. Je ein Jahr der Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet.

## Striegau

### Aus der Praxis des Arbeitsamtes

A. R. Die Gemeinden des unteren Kreises, etwa acht, haben eine Kontrollstelle in Roßstock, wo auch die Unterstützung ausgezahlt wird. Bis jetzt ging es hübsch geregelt, da bei der Auszahlung für die Erwerbslosen jeder einzelnen Gemeinde eine bestimmte Zeit festgelegt war. Dadurch wurde der große Andrang vermieden. Aber das können die Herren vom Arbeitsamt Wollensheim nicht dulden, denn vorige Woche, am Donnerstag, übernahm ein Angestellter von dort die Auszahlung und am Freitag stand: Auszahlung von 13 bis 15 Uhr. Also ganze zwei Stunden. Er mußte sich aber selbst überzeugen, daß er in zwei Stunden nicht fertig war, sondern er hing noch eine halbe Stunde dran. Die Empörung der Erwerbslosen über solche Maßnahmen war groß, da nämlich bei dem Andrang noch ein gewaltiges Durcheinander herrschte. Und das Tollste war, es wurde nur für fünf Tage ausgezahlt. Bis jetzt erfolgte die Auszahlung Sonnabends für die Tage von Freitag bis Donnerstag. Dienstag hing ein Auszahlung: Auszahlung Donnerstag von 13 bis 15 Uhr. Eine Lösung ging durch die Erwerbslosen, daß hier etwas nicht stimmt; dann sollte die Auszahlung deswegen zeitiger stattfinden, damit die Erwerbslosen am 1. Mai ein paar Pfennige Geld in den Fingern haben sollten. Weit gefehlt, soweit geht nun das menschliche Gefühl doch nicht. Der Donnerstag wurde einfach einbehalten. Auf den Protest einzelner erklärte der Beamte, sie sollen sich nähigen; sie bezeichnen, das nämlich als eine Schweinerei. Gerade in einer Woche, wo der Monatserste trifft, wurde diese Maßnahme getroffen, wo die Miete fällig ist und anderes mehr. Trotzdem die Empörung groß war, verhielt sich die Erwerbslosen noch immer nicht, daß sie sich zusammenschließen und einen Erwerbslosen auszuwählen müßten. Wenn sie nicht schließlich noch eines Tages Satzung bekommen wollen, dann wird es höchste Zeit, daß sie sich auf ihre Pläne zur Abwehr besinnen.

### Sie leiden an chronischem Größenwahn!

Berichtigung. Durch ein technisches Versehen ist gestern der unter obiger Ueberschrift erscheinende Artikel unter Hannau geraten. Er gehörte natürlich unter Waldenburg.

So wurde uns auf einmal die Genehmigung zur Benutzung des Heinkelplatzes entzogen. Grund: „Gefährdung der Anlagen.“ Jetzt auf einmal wurde uns gehattet, den Ring zu benutzen. Das Mißgehen der orangefarbenen Maßplakate wurde uns ebenfalls verboten, da man der Ansicht war, daß es sich hierbei um das Behördenrat handelte. Eine Eingabe an den Regierungspräsidenten war ergebnislos, da das Antwortschreiben sehr gemüden und unklar abgefaßt war. Desgleichen wurden uns vom sozialdemokratischen Landrat drei Transparente mit antifaunistischem Text verboten, im Demonstrationzug mitzuführen. Gegen die von der hiesigen Ortsgruppe der Partei herausgegebene „Mai-Zeitung“ wurde eine einseitige Verfügung erteilt, weil sich der Herr Stolz von der „Volkszeitung“ durch den Artikel mit der Ueberschrift „Der Maharadscha von Strehlen“ bedrängt fühlte. Die Verfügung war jedoch ein Schlag ins Wasser, da die Zeitung bei Bekanntwerden des Verbotes bereits zu neun Zehntel umgedruckt war. Bemerkenswert ist noch, daß kurz vor dem 1. Mai bei vier Genossen eine Hausdurchsuchung nach verbotenen Schriften vorgenommen wurde, aber „leider“ ohne Erfolg.

Alle diese Schikanen waren vergebens, denn unsere diesjähriger Maidemonstrationen erwarteten sich eines bisher noch nie so stark gewordenen Zuspruchs. Um die Arbeiter von unserer Demonstration fernzuhalten, versprachen die SPD-Bürokraten, jedem Erwerbslosen, welcher sich am SPD-Marsch beteiligte, drei Biermarken.

## Oels

### Glänzender Verlauf der Maifeier

Die Oelser Polizei im Bunde mit den Saalbesitzern hatten bekanntlich versucht, unseren Maifesttag zu sabotieren. Die Klassenbewußte Arbeitererschaft ließ es sich aber nicht nehmen, den 1. Mai zu feiern und für ihre berechtigten Forderungen zu demonstrieren. Nachmittags um 10 Uhr formierte sich an der Ludwigsdorfer Unterführung ein stattlicher Zug von fast 400 Demonstranten, der trotz strömenden Regens unter Vorantritt der Scheiniger Schalmierenkapelle nach dem Jugendspielplatz marschierte. Hier begrüßte Genosse Stössel die Teilnehmer. Jugendgenosse Seemann von der Bezirksleitung wies dann auf die Bedeutung und den politischen Charakter des 1. Mai hin, wobei er die verräterische Rolle der SPD-Zähler in treiflicher Weise skizzierte. Am Schluß seiner Ansprache gedachte Genosse Seemann der russischen Brüder und des gesamten Weltproletariats und schloß mit einem dreifachen „Rot Front!“. Die Demonstration nahm dann, nachdem Genosse Stössel örtliche Verhältnisse anprangerte, insbesondere, daß die Oelser Gastwirte zwar gegen das Geld der Arbeiter in ihre Taschen fließen lassen, aber für die Kommunisten ihre Säle und Lokale nicht zur Verfügung stellen, Veranlassung, die Demonstrationsteilnehmer und Oelser Arbeiter zu warnen, insbesondere die Lokale „Großer Kurfürst“ und das Lokal von Geyer in Rathe zu besuchen, ihren Fortgang durch die Straßen der Stadt, worauf die Auflösung hinter dem „Großen Kurfürst“ erfolgte. So hat denn der 1. Mai auch die Oelser Arbeitererschaft der Partei wieder ein Stück nähergebracht, und es steht zu erwarten, daß in allen nächsten Jahren schon recht viele noch der SPD. angehörende Mitglieder zu der einzigen revolutionären Partei, nämlich zu der KPD. kommen, um die Errichtung Sowjetdeutschlands verwirklichen zu helfen.



# Das Verbot der Berliner „Roten Fahne“

An demselben Tage, da das Zentralorgan der kommunistischen Partei, die Berliner „Rote Fahne“, durch das ungeheuerliche Verbot Grzesinski für vierzehn Tage mundtot gemacht wurde, hat bekanntlich die SPD, die von der kommunistischen Reichstagsfraktion geforderte Einberufung des Reichstags im Westfalenrat verhindert. Mit Recht sind darüber selbst sozialdemokratische Arbeiter aufs tiefste empört. Grund genug für einen sozialdemokratischen Vollzeitspräsidenten, die gebührende Anprangerung dieses neuen Verbrechens der SPD in der „Roten Fahne“ zu veröffentlichen.

Von allen Verbotsbegründungen, die wir seit der Ausnahmeverordnung Brüning-Hindenburgs vom 28. März kennen gelernt haben, ist diese Begründung Grzesinski die tollste. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Sozialdemokratie aus parteipolitischen Gründen mit Freuden sich der reaktionären Notverordnung bedient, um die Willkür der kommunistischen Agitation zu verhindern: hier ist der Beweis.

Das Verbot hat aber auch eine erzieherische Wirkung. Nicht für die kommunistische Partei, die durch keine Verbote und anmaßenden Polizeibefehle sich dazu erziehen läßt, die gegen das werktätige Volk in diesen Wochen begangenen Verbrechen zu verschweigen oder zu beschönigen. Der erzieherische Wert dieses Verbots liegt darin, daß es besser als lange Abhandlungen den Massen die Tatsache demonstriert: es gibt keine Pressefreiheit, es gibt keine freie Meinungsäußerung!

Die herrschende Klasse täuscht sich, wenn sie glaubt, daß ihre Gewaltmaßnahmen auf allen Gebieten ohne Echo im Volk bleiben. Heute wissen bereits Millionen, die bisher noch daran gezweifelt haben, daß die in der papierernen Verfassung niedergelegten „Grundrechte des Volkes“, sein sogenanntes parlamentarisches Mitspracherecht, sein sogenanntes freies Versammlungs- und Koalitionsrecht und die Pressefreiheit nur für die kapitalistische Ausbeuter und ihre Kameluden, nicht aber für die Arbeiterklasse Gültigkeit haben.

Man kann gar nicht deutlich und tief genug diese Erfahrungen der letzten Wochen ins Volk tragen. In einer Zeit, da sich die demokratischen Prinzipien bewahren müßten, werden sie von der herrschenden Klasse rücksichtslos beiseite geschoben. Die Verhinderung der Einberufung des Reichstags und das schändliche Verbot der „Roten Fahne“ gehören zusammen. Daß in beiden Fällen die Sozialdemokraten das Werkzeug der beherrschenden Klasse und der auftrumpfenden Reaktion sind, das ist eine brutale Bekehrung des Volkes.

Herr Grzesinski empfand es als eine „böswillige Verächtlichmachung der Polizeibehörde“, weil die „Rote Fahne“ in Erinnerung an die 33 Opfer des 1. Mai 1929 — wir können nur sinngemäß zitieren, um nicht ein neues Verbot herbeizuführen — von „blutigen Händen“, „Polizeisozialisten“, „Maimördern“ und „Maimecheln“ gesprochen hat. Die Erziehung von 33 Proletariatskämpfern, Frauen und Müttern, deren Verbrechen nur darin bestand, daß sie eine Polizeiverordnung übertreten oder zufällig in das Schußfeld einer wildgewordenen Polizei geriet, empfand die Polizei nicht als verächtlichmachend und ehrenrührig. Aber die Erinnerung daran, das verleihe einen empfindlichen SPD-Politiker.

Auch die Kennzeichnung „Polizeisozialisten“ ist nach diesem Verbot beschimpfend und böswillig verächtlichmachend im Sinne des § 1, Ziffer 2 der Ausnahmeverordnung Hindenburgs. Soweit wir also schon gekommen, daß die Geleise dazu da sind, eine so diskreditierte Partei wie die Sozialdemokratie zu schlingen. Dabei ist es doch eine Tatsache, daß die letzten entscheidenden Posten, die die herrschende Klasse der SPD überlassen hat, nicht ohne Grund Polizeiposten sind. Und eine Partei, die sich noch immer sozialistisch nennt, aber gleichzeitig die bewaffnete Macht des Klassenstaates gegen die Arbeiter kommandiert, muß in Kauf nehmen, vom Volksmund „polizeisozialistisch“ genannt zu werden. Aber das ist verboten. Damit ist die freie Meinungsäußerung endgültig begraben.

Das „Verbrechen“ der „Roten Fahne“ ist aber nach Herrn Grzesinski noch größer. Sie soll sowohl Seering als auch Braun dadurch böswillig verächtlich gemacht haben, daß sie ihnen unterstellt, sie würden „nur aus finanziellen Gründen ihre Tätigkeit ausüben“, weil in dem Artikel der „Roten Fahne“ von Ministerjesseln und Staatspräsidenten der preussischen SPD-Minister die Rede war. Hier ist die willkürliche Unterdrückung der freien Meinungsäußerung so offenbar, daß es kaum eines weiteren Beweises bedarf. Unzählige Male hat nicht nur die kommunistische Presse, hat sogar die SPD-Presse gegen die Nazis von der Verleumdung der Ministerjesseln und der Staatspräsidenten geredet, jetzt auf einmal ist es eine böswillige Verächtlichmachung, eine herabwürdigende Unterstellung, davon zu sprechen und man fällt das vergötternde um: Minister würden nur des Geldes wegen dort oben sitzen.

Gerade wir haben zur Genüge erfahren müssen, warum und zu welchen besonderen politischen Funktionen die herrschende Klasse der Sozialdemokratie Staatspräsidenten einräumt. Daß sie mit 30 000 oder 60 000 M. im Jahre dotiert werden, ist eine, sagen wir einmal, für die in Frage kommenden Personen und ihre Partei annehme „Rebenerkennung“, gegen die, soweit wir wissen, die Sozialdemokratie noch niemals protestiert hat. Es soll sich im Volke schon herumgesprochen haben, daß die finanziellen Vorteile solcher Staatsposten — wir denken hier nur an den sozialdemokratischen Roggenwucherkommissar B a d e — nicht ohne Einfluß auf die Liebe zum Staatsdienst bestimmter Personen geblieben ist. Die hier praktizierte Unterbindung der proletarischen Meinungsäußerung ist die Zensur unter Puttkamer und Jagow weit in den Schatten. Wenn es gelüftet, könnte mir beliebig aus der damaligen Zeit zitieren, was man damals schreiben konnte im Gegensatz zu dem, was heute Sozialdemokraten mit schwerer Schädigung einer proletarischen Zeitung beantworten.

Aber Herr Grzesinski beschränkt sich in seiner Verbotsbegründung nicht nur auf diese „verbrecherischen“ Stellen in der „Roten Fahne“, er erzieht auch nachträglich Befehlungen und gibt Werturteile über unsere „Tonweise“ ab. Die Popularisierung des Gedankens der Volksrevolution, der Hinweis darauf, daß Zehntausende von SPD-Arbeitern durch die Ereignisse des 1. Mai 1929 von der Richtigkeit der kommunistischen Politik überzeugt wurden, die Zitterung von Karl Marx über die Kapitalgesellschaft, geistliche Mittel gegen einen Feind zu gebrauchen, der selbst das Gesetz bricht, die Ausführungen Ernst Thälmanns, daß die Stunde vielleicht bald schlagen wird, wo wir das Sturmbanner erheben und wissen, was wir tun, schließlich die Charakterisierung der sozialdemokratischen Reichshandlung, das alles, so belehrt Grzesinski, kennzeichne die anreizende „Tonweise“, auch wenn es nicht zur Verbotsbegründung ausreichte.

Um seiner parteipolitischen Maßnahme die Krone aufzusetzen, gibt er am Schluß des Verbots ausdrücklich zu verstehen, daß nicht

# Lohn- und Urlaubsraub im Ruhrbergbau

## Der Schiedspruch, ein neues Alarmsignal für alle Arbeiter

Der am 6. März in Essen gefällte Manteltarif-Schiedspruch für den Ruhrbergbau ist mit den Stimmen des Schlichters Braun und der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertreter zustande gekommen. Der Schiedspruch bringt den Raub eines bezahlten Urlaubstages für alle Bergarbeiter, die mehr als zwei Beschäftigungsjahre aufweisen. Ferner steht er den Abbau des Hausstandsgeldes von 18 auf 10 Pfennige pro Schicht vor. Die Zahlungen von Soziallohn an Krankeisen, die auf Grund des bisherigen Tarifvertrages neben den sozialen Zuschlägen zum Krankengeld der Knappschicht erfolgte, kommt in Wegfall. Der Schiedspruch enthält ferner die entscheidende Klausel, daß bei einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung Verhandlungen über Neufestlegung der Löhne stattfinden sollen, unabhängig vom laufenden Lohnvertrag. Das heißt, daß bei Erlass der geplanten Arbeitszeitnotverordnung ein neuerer größerer Lohnraub durchgeführt werden soll.

Die Unternehmer hatten die Beseitigung des Hausstandsgeldes, des Kindergeldes, Urlaubsverkürzung auf sechs Tage im Höchstfall (bisheriger Höchsturlaub zwölf Tage), Herabsetzung des Akkordzuschlages und Abschaffung des Mindestlohnes gefordert, was zusammen einen ungeheuren Lohnabbau bedeutet. Der staatliche Schlichter hat, so unerhört der Urlaubsraub und der Abbau des Hausstandsgeldes ist, nicht gewagt, die Forderungen der Unternehmer mit einem Schläge zu erfüllen. Die Unternehmerpresse erklärt denn auch, daß der Unternehmerverband wahrscheinlich den Schiedspruch ablehnen werde, da seine Forderungen nicht voll erfüllt sind. Es ist aber anzunehmen, daß der Schiedspruch im Einvernehmen mit den maßgebenden Unternehmern gefällig wurde. Der Schiedspruch bedeutet also eine Vertagung des entscheidenden Angriffes, der erfolgen soll, wenn die geplante Notverordnung über die Arbeitszeitverkürzung erlassen wird.

Diese Vertagung erfolgte unter dem Eindruck der gewaltigen, von der A.G.D. einberufenen Schlichter-Konferenz am 1. und 2. Mai und des wuchtigen Verhandlungstages des roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Die Mobilisierung der Ruhrarbeiter durch die A.G.D. hat die Lohnräuber erneut zum Manövrierten gezwungen.

Die Vertagung erfolgte auch, um die Bergarbeiter von den Arbeitern der Nordwest-Metallindustrie zu trennen. Die von der A.G.D. geschmiedete Einheitsfront der Berg- und Hüttenarbeiter hat die Lohnräuber und die Brüningregierung in Schrecken versetzt. Man versucht jetzt, durch Manöver den gemeinsamen Kampf der 500 000 Ruhrarbeiter zu verhindern. Es ist aber klar, daß die Ruhrarbeiter nun erst recht um so fester zusammenhalten werden.

nur die Polizeibehörden, sondern auch die Sozialdemokratische Partei durch dieses Verbot geschützt werden soll. Wir sind durchaus einverstanden, wenn die SPD im gleichen Atemzug mit der Polizei genannt wird, weil auf diese Weise Herr Grzesinski selbst seine Partei mit aller Würdigen Deutlichkeit vor den Arbeitern diskreditiert.

Die Brüning-Regierung steht vor entscheidenden Maßnahmen. Neue Diktaturverordnungen werden erwartet. Wer weiß, was „unser“ Geheimkabinett sonst noch an Ueberrassungen beabsichtigt. Der Reichstag bleibt weiter verschleiert. Der Umbau des Herrschaftsapparates im tatsächlichen Sinne wird schon bald konkretere Formen annehmen. Der Brotpreis wird nicht herabgesetzt. Für die SPD ist aber die Lage „noch nicht genügend geklärt“, wie der Abgeordnete Herz im Westfalenrat des Reichstags ausführte, um die Einberufung des Reichstags zu fordern. Denn außerdem findet Ende dieses Monats der sozialdemokratische Reichsparteitag in Leipzig statt. Die SPD-Arbeiter sind in größter Erregung wegen der Politik ihrer Partei, die den Nationalsozialisten und dem Klerikalismus Vorhieb leistet, ja, die sie direkt stützen.

Das sind die wirklichen Gründe, wegen denen der Berliner Polizeipräsident die „Rote Fahne“ auf vierzehn Tage mundtot machen mußte. Die Rebellen sollen schweigen, weil die Räuber in Ruhe und Ordnung ihre Beute verteilen wollen. Eine alte Methode, die die herrschende Klasse einst ebenso gegen die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit angewandt hat. Schon damals scheltete aber diese Gewaltpolitik. Sie wird auch im Kampf gegen die kommunistische Partei und ihre Presse scheltet.

Man kann durch Verbote, Verfolgungen, Gummiknüppel und Kerkerstrafen die Revolutionäre schädigen und hemmen, aber man kann nicht die hungernden Massen damit satt machen, den Arbeitlosen nicht Arbeit geben, die Wirtschaft nicht „ankurbeln“. In ihrer Ratlosigkeit und panischen Furcht vor dem sich erhebenden Volkssturm greift die Bourgeoisie zu solchen Mitteln, in der Hoffnung, die Abrechnung zu verzögern. Aber gerade dadurch hämmert sie die Reihen der Revolutionäre fester, sorgt sie wider Willen dafür, daß noch mehr Arbeiter als bisher Kommunisten werden.

Die Arbeiter wissen, daß die Unternehmer ihre Pläne nicht aufgegeben haben. Sie werden weiter rüsten. Die Unternehmer erwarten, daß in Kürze die Arbeitszeit-Notverordnung kommt, durch die die bestehenden tariflichen Bestimmungen ohnehin aufgehoben werden sollen und die Unternehmer hoffen, dann ihre Pläne voll verwirklichen zu können. Die Unternehmer haben die Verlängerung der Schlichtzeit von 7 auf 8 Stunden gefordert und wie der Ruhrberichterstatler des „Berliner Tageblatts“ zu berichten wußte, wollten sie für die Arbeitsstunden nicht mehr Lohn zahlen, als bisher für die siebenstündige Schicht. Das ist ein Maßstab dafür, welche unerschämten Lohnraubpläne die Unternehmer haben. Der erwähnte Berichterstatler des „Berliner Tageblatts“ hat auch enthüllt, daß schon vor öffentlicher Bekanntgabe der Unternehmerforderungen wochenlang geheime Verhandlungen zwischen den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie stattgefunden haben. Deshalb kann auch mit unbedingter Sicherheit angenommen werden, daß neben dem Schiedspruch geheime Abmachungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaftsführern getroffen worden sind.

Die Ruhrbergarbeiter, wie alle Bergarbeiter Deutschlands, werden sich aber nicht überumpeln lassen. Sie lehnen den schändlichen Schiedspruch ab, sie werden jetzt erst recht in allen Kreisen weiterkämpfen.

Der Gesamtarbeiter zeigt aber der von dem staatlichen Schlichter gefällte Schiedspruch, was die Unternehmer und die Brüningregierung mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie durchführen wollen: Lohn- und Urlaubsabbau, Beseitigung aller in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzten Errungenschaften der Arbeiter.

Der Ruhrschiedspruch macht einen Anfang mit dem Urlaubsabbau, der für die gesamte Arbeiterklasse durchgeführt werden soll. Bereits wurde auch für die mitteldeutsche Chemie mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie ein Abbau der bezahlten Urlaubs vorgenommen.

Ein neuer ungeheurer Lohnabbau droht allen Arbeitern. Die von der Brüning-Regierung beabsichtigte Arbeitszeitnotverordnung soll eine Handhabe werden, um den zweiten Lohnabbau durchzuführen.

Arbeiter, wehrt euch! Wieder steht ihr klar, daß die A.G.D. die einzige Kraft ist, die imstande ist, die Arbeiterklasse zur Gegenwehr zu mobilisieren, sie im Kampf zu führen, die einzige Kraft, die der Klassenfeind fürchtet, die ihm seine Pläne durchkreuzt, ihn zum Manövrierten zwingt und ihm immer wuchtigere Schläge versetzen wird. Arbeiter, in Massen hinein in die A.G.D.! Rüstet unter ihrer Führung, um die Lohnräuber auf der ganzen Linie zurückzuschlagen.

## Oberhessisches Zentrum „gegen“ den Stahlhelm

Oppeln, 7. Mai. Die oberhessische Zentrumspartei, die am Mittwoch unter Vorsitz von Prälat Ullrich, WdM., in Oppeln tagte, nahm einstimmig folgende Entscheidung an: „Die Zugehörigkeit zum Stahlhelm schließt die Mitgliedschaft bei der Zentrumspartei aus, da der Stahlhelm sich durch das Volksbegehren zu einer politischen Partei entwickelt hat. Das gleiche gilt vom Luifensbund.“

Diese Stellungnahme ist nur aus Konkurrenzgründen erfolgt. Die Zentrumspartei fürchtet, daß der Stahlhelm ihr weitere Katholiken abjagt. Die christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen gehören nicht in die Zentrumspartei, auch nicht in den Stahlhelm und den Luifensbund, sondern in die kommunistische Partei!

## Sturm in der französischen Kammer

Paris, 6. Mai. Die Deputiertenkammer des französischen Parlaments ist gestern zusammengesetzt. Als der Genosse Cahin die reaktionäre Politik der spanischen Bourgeoisie enthielt, versuchten die Sozialdemokraten ihn zum Schweigen zu bringen. Als der Genosse Marty gegen das Vorgehen der Sozialdemokraten protestierte, wurde er von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Ambröfisi tödlich angegriffen, wehrte aber den Angriff erfolgreich ab.

Diese aggressive Einstellung der Sozialdemokraten bedarf sich vollkommen mit der Neuerung ihres Führers Paul Boncour in derselben Sitzung, in der er die Herbeiführung einer engen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Spanien verlangte. Die Debatte über die deutsch-österreichische Zollunion wird am kommenden Donnerstag stattfinden.

## Eisenbahner!

Wer gegen jeden Lohnabbau, gegen Lohnverkürzung, gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen politische und wirtschaftliche Unterdrückung ist, wer für die Einführung des Siebenstundentages mit vollem Lohnausgleich ist, der muß am Wahltage den Stimmgabel, der hier nebenstehend abgedruckt ist, verlangen und abgeben.

Ortsbetriebsrat  
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition  
der Eisenbahner  
Bezirksbetriebsrat  
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition  
der Eisenbahner  
Hauptbetriebsrat  
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition  
der Eisenbahner



# Heerschan der Sowjetpresse

Der proletarische Pressetag in der Sowjetunion

Welter begingen die Arbeitermassen der Sowjetunion den proletarischen Pressetag, der von den Besten der Arbeiter vor 19 Jahren, am Tage des Erscheinens der ersten Nummer der „Pravda“, als alljährlicher Festtag der gesamten Arbeiterpresse festgelegt wurde.

Das Wachstum der Sowjetpresse, die unaufhaltsam von Jahr zu Jahr und Hand in Hand mit der steigenden wirtschaftlichen und kulturellen Macht der Sowjetunion zunahm, hat einen bisher unübertroffenen Stand erreicht. Die Auflageziffer der Hauptzeitungen der Sowjetunion nahm um mehr als das Zehnfache zu und erreichte dieses Jahr die einmalige Auflageziffer von 30,8 Millionen Exemplaren, während vor dem Kriege die einmalige Auflageziffer sämtlicher Zeitungen im zaristischen Rußland insgesamt 2,7 Millionen Exemplare betrug.

Die Zeitungen der Sowjetunion haben hinsichtlich der Auflageziffern im dritten Jahre des Fünfjahresplanes bereits alle kapitalistischen Länder, außer den Vereinigten Staaten, überholt, aber hinsichtlich der Dynamik des Wachstums auch die Vereinigten Staaten. In den letzten neun Jahren nahm die einmalige Auflageziffer der amerikanischen Zeitungen insgesamt um 2,5 Prozent zu, während die einmalige Auflageziffer der Presse der Sowjetunion in der gleichen Zeit um das Sechszwanzigfache gestiegen ist.

Der Fünfjahresplan sah für das letzte Jahr des Fünfjahresplanes als die einmalige Auflageziffer der Sowjetzeitungen 29,6 Millionen Exemplare vor, aber diese Auflageziffer war bereits am Ende des vergangenen zweiten Jahres des Fünfjahresplanes überholt. Vor drei Jahren gab es in der Sowjetunion 805 Zeitungen. Gegenwärtig erreicht die Zahl der Zeitungen 1409. Die Auflageziffer der „Pravda“ erreicht nahezu zwei Millionen Exemplare. Die in Moskau erscheinende zentrale „Bauerzeitung“ hat eine Auflageziffer von über 2,5 Millionen.

Außer diesen zentralen Region- und Bezirksblättern wurde in der Sowjetunion in den letzten anderthalb Jahren ein umfassendes Netz gedruckter Betriebe-, Sowjetgüter- und Kollektivwirtschaftszeitungen ausgebaut. Im Januar 1931 gab es in der Sowjetunion bereits etwa 2500 solcher Zeitungen mit einer einmaligen Auflageziffer von drei Millionen Exemplaren.

Eine Reihe der größten Sowjetfabriken besitzt Musterzeitungen, die eine ungeheure Rolle in der vorzeitigen Erfüllung der Produktionspläne dieser Betriebe durch die Arbeiter spielen. Die Betriebspresse verstand es, um sich herum einen ausgedehnten Kreis von Arbeiterkorrespondenten zu schaffen. Sie organisiert und leitet den sozialistischen Wettbewerb und die Stoßbrigadenbewegung in den Betrieben an.

Ein großes Zeitungsnetz hat die Rote Armee. Die Auflageziffer der zentralen und Bezirks-Rote-Armee-Zeitungen hat eine Million Exemplare überschritten. Allein die Zeitung „Kastrolj“ (Auf der Wacht) hat eine Auflage von 450 000 Exemplaren.

Die Anzahl von Rotarmisten, die in Zeitungen schreiben (Rote-Armee-Korrespondenten), beträgt 120 000.

In stürmischem Wachstum begriffen ist die Presse der nationalen Minderheiten in der Sowjetunion. In den autonomen nationalen Bezirken der Sowjetunion erscheinen gegenwärtig ca. 600 Zeitungen in 62 Sprachen. Viele Völkerschaften erhielten nach der Oktoberrevolution zum erstenmal die Möglichkeit, eine eigene Presse in ihrer Muttersprache zu haben. Unter der Sowjetmacht ist die Zeitung eingebunden in die Bergdörfer der kaukasischen Völker, in die durch ewiges Eis verschlossenen Häfen des Nordens, in die fernen Zelte Mittelasiens, in die Dörfer der Usbeken, Tadschiken und Turkmener.

Einen Riesensprung vorwärts machte die Arbeiter- und Dorfkorrespondentenbewegung in der Sowjetunion. In den letzten zwei Jahren hat die Zahl der Arbeiter- und Dorfkorrespondenten um 1 500 000 zugenommen und beträgt über 2 000 000 für Zeitungen schreibende Arbeiter und Bauern.

Dieses stürmische Wachstum ist Ausdruck der steigenden Aktivität der Arbeiterklasse der Sowjetunion und der ihr folgenden werktätigen Massen und spiegelt die Erfolge des sozialistischen Aufbaus wider.

# Die „Internationale“ im Danziger Parlament

Kommunistischer Boykott gegen Kundgebungsverbot und Maulkorbgesetz — Heftige Auseinandersetzungen — Die ganze Fraktion ausgeschlossen — Tribünekarten auf ein halbes Jahr entzogen

Danzig, 7. Mai. In der Sitzung des Danziger Volkstages kam es bei der Beratung über den Kundgebungsverbot zur Verberung des Pressegesetzes zu heftigen Auseinandersetzungen. Der kommunistische Abg. Plenkowitsch nahm gegen das Gesetz scharf Stellung und protestierte in schärfster Weise dagegen, daß den Kommunisten die Abhaltung von Wahlversammlungen unter freiem Himmel zu den bevorstehenden Kreisstadtwahlen durch das allgemeine Kundgebungsverbot unmöglich gemacht worden sei. Er beendete seine Rede mit dem Ausruf: „Nieder mit dem Zieh-Senat! Nieder mit dem Demonstrationsverbot!“

In diesem Augenblick wurde auf der Zuschauertribüne die „Internationale“ angestimmt, und die Mitglieder der kommunistischen Fraktion stimmten mit ein.

Der Präsident des Volkstages hob sofort die Sitzung auf. — Der Vorkommensausschuß beschloß, Plenkowitsch auf acht Sitzungstage auszuschließen, weil er der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, nicht gefolgt sei. Ferner wurden wegen des Singens der „Internatio-

nale“ sämtliche Abgeordnete der kommunistischen Fraktion für einen Sitzungstag von den Verhandlungen ausgeschlossen. Außerdem hat der Präsident verfügt, daß der kommunistischen Fraktion die ihr sonst zustehenden Karten für die Zuschauertribüne auf ein halbes Jahr entzogen werden.

## Neutralitätsvertrag Romo—Moskau verlängert

Moskau, 7. Mai. Außenminister Litwinoff und der litauische Gesandte in der Sowjetunion, Bakruschaitis, unterzeichneten ein Protokoll, das die Verlängerung des am 28. September 1926 zwischen der Sowjetunion und Litauen auf fünf Jahre abgeschlossenen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages zum Gegenstand hat.

# Blutiges Maimassaker in Indochina

Eingeborenenabordnungen mit Gewehrsalven niedergemäht — Mehrere hundert Tote

Paris, 7. Mai. Unter dem Titel „Blutiger 1. Mai in Annam?“ veröffentlicht die „Humanité“ folgendes Telegramm:

„Aus Anlaß des 1. Mai wurden in Annam verschiedene Umzüge, die ihre Forderungen vorbrachten, überall mit Flintenschüssen empfangen. Unter den Eingeborenen gibt es mehrere hundert Tote, auf Seiten der Truppen nicht einmal eine einzige Schramme. Leute mit dem Herzen auf dem rechten Fleck erheben empört Protest, da sie andere Maßnahmen erwarten, als nutzlose Missetaten, und fordern die dringende Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Rechtsanwalt Cancellieri in Saigon.“

Die „Humanité“ bringt dieses Telegramm mit einem gewissen Vorbehalt, erinnert aber daran, daß eine über einstimende

Meldung, wenn auch weniger schwerer Natur, am Tage nach dem 1. Mai bei ihr eingetroffen ist.

Der sozialdemokratische „Populaire“ veröffentlicht ebenfalls alarmierende Nachrichten über ein Massengemetzel in Annam, u. a. eine telegraphische Nachricht aus Saigon, deren Inhalt sich mit dem der „Humanité“ zugegangenen Telegramm deckt. In dieser Nachricht heißt es u. a.: „Am 1. Mai sind in Annam Eingeborenenabordnungen, die Forderungen vortrugen, mit Gewehrschüssen empfangen worden. Mehrere hundert Tote sind auf Seiten der Eingeborenen zu verzeichnen. Die Truppen dagegen zählten nicht einmal einen einzigen Verletzten.“

Nach alledem ist ein Zweifel an der Richtigkeit der Meldungen aus Annam nicht mehr möglich.

# Bauernkrieg in Hinterindien

Kanagoon, 7. Mai. Nach amtlichen Meldungen ist im Bezirk Promo die Aufstandsbewegung von neuem aufgeflammt. Es kam zu schweren Kämpfen zwischen englischen Truppen und aufständischen Bauern. Eine Polizeibatterie wurde von den Aufständischen überwältigt und niedergemäht.

Während der vergangenen Wochen hat die englische kapitalistische Presse sich so gut wie ganz über die Lage in Birma ausgeschwiegen. Es ist bezeichnend, daß jetzt mehrere Zeitungen anfangen, sich zu beklagen über „die Verschwiegenheit der Regierung“ und über die Schwierigkeiten, genaue Tatsachen und Ziffern zu erfahren.

Die „Morning Post“ geht soweit zu behaupten, daß allgemein geglaubt wird, daß heute die Lage in Birma schlimmer ist als je zuvor und fordert ein kräftigeres Eingreifen der Truppen. Die „Post“ beklagt sich trotz der Tatsache, daß in den vergangenen Monaten Tausende von Bauern getötet wurde, daß die Regierung nur „Krieg spielt“.

# Siegreicher Massenkampf gegen Streikbruch

Stockholm, 7. Mai. Der erbitterte Kampf gegen das bewaffnete Streikbrechertum in Hamstad in Schweden hat mit einem vollen Sieg der Arbeiter geendet. Die streikenden

Solgarbeiter müssen sämtlich nach der getroffenen Vereinbarung wieder eingestellt werden, sie erhalten sogar eine kleine Lohn-erhöhung.

Die berittene Polizei und das Militär, das gegen die demonstrierenden Arbeiter eingesetzt wurden, wird zurückgezogen, die Streikbrecher sind schon unter scharfer Bewachung nach Stockholm abtransportiert.

Dieser Ausgang des Massenkampfes, der die Gemüter der Bürgerlichen und Sozialdemokraten des ganzen Landes in großer Aufregung versetzte, ist ein großer Erfolg der Kommunisten, die den Kampf der Massen gegen das Streikbrechertum trotz des heftigen Widerstandes der sozialdemokratischen Bürokratie organisierten.

# Rietenbrand in einem japanischen Kurort

700 Häuser und 30 Hotels in Flammen

London, 7. Mai. Nach einer Meldung aus Tokio hat eine gewaltige Feuersbrunst große Teile des in Japan sehr bekannten Kurortes Yamanaka zerstört. Etwa 700 Häuser und 30 Hotels sind den Flammen zum Opfer gefallen. Ob Menschenleben dabei umgekommen sind, ist bis zur Stunde noch nicht ersichtlich. Der Sachschaden wird auf etwa 100 Millionen Mark geschätzt.

# Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Maltagen 1929

Von Klaus Neukrantz

Copyright Internationaler Arbeiterverlag

1. Fortsetzung

Der Dide stand wieder allein im Zimmer mit dem Kind. Er war so hilflos, so ohne jeden Ausweg, daß ihm das Ungeheuerliche dieser völlig überraschenden Arbeitsverweigerung noch gar nicht richtig klar war. Das war doch einfach unmöglich... so was gab es doch nicht?! Die Leute waren dafür bestellt, bekamen ihr gutes Geld... und jetzt wollen die nicht — — ?!

Der Gerichtsvollzieher Bendowsky war ein viel zu praktischer Mensch, um sich lange mit unangenehmen, unklaren Empfindungen aufzuhalten. Er stülpte seinen schwarzen steifen Hut, den er immer noch in der Hand hielt, entschlossen auf den roten, blanten Kopf und lief auf den Flur, um den Arbeiter, der vorhin in der Stube gesprochen hatte, zu suchen.

„Ach... Herr... Herr... entschuldigen Sie bitte... ich weiß nicht Ihren werten Namen... würden Sie so liebenswürdig sein, und dafür sorgen, daß ich unbehelligt das Haus verlassen kann?“

Er übersprubelte sich fast vor Höflichkeit. „Vielleicht könnte ich mit Ihnen noch ein paar Minuten über die anderen Ermittlungen sprechen, die ich hier noch in der Straße habe, sprechen... wie soll ich denn das jetzt alles machen?“ Dabei zog er einen ganzen Stoß von Zwangsvollstreckungsvollmachten aus der Aktentasche.

„Sie brauchen keine Angst zu haben!“ sagte der Arbeiter ruhig. „Es wird Sie niemand anfassen.“ Er tat absichtlich so, als wenn er die Sache mit den anderen Ermittlungen, von denen der Dide in seiner Aufregung erzählt hatte, nicht gehört hatte. — „Die haben ja noch allehand mit uns vor...“, dachte er und piffte leicht durch die Zähne.

Die Frauen auf der Treppe empfingen die drei Arbeiter mit lauten Bravo-Rufen. Aus einer Tür brachte eine Frau einen Topf heißen Kaffees und drei Dide, belegte Stullen. Alles lachte und erzählte durcheinander. Die erzeugte Stimmung war auf einmal in eine laute Fröhlichkeit umgeschlagen.

Zum ersten Mal hatte die Straße — vorläufig wenigstens — durch die Solidarität der drei Arbeiter einen Sieg über diese Ermittlungsbüffel davongetragen. Sie erzählten, daß sie als Arbeitslose durch die Gewerkschaft zu dieser Arbeit, von der sie keine Ahnung gehabt hatten, vermittelt worden waren.

Einer schob ihnen ein paar Zigaretten in die Taschen. Schließlich waren die Drei auch arbeitslos und man verstand, daß es nicht ganz leicht war, auf die paar Mark Lohn zu verzichten. Unter Umständen würde ihnen noch wegen „Arbeitsverweigerung“ die Erwerbslosenunterstützung gesperrt. Kriegen die alles fertig! — Außerdem hatte die ganze Geschichte noch für viele, die auf der Treppe standen, eine besondere Bedeutung. Es gab mehr als einen darunter, der seit Tagen die Räumungsklage in der Küche auf dem Tisch liegen hatte. Jetzt mußte man das gemeinsam organisieren.

„Da ist er...!“ Eine Frau zeigte nach oben, wo der Dide mit einem ängstlichem Gesicht auf dem Treppenablaß stand und sich ansehend nicht so recht traute, auf der dicht gefüllten Treppe herunterzugehen.

Sowie er sichtbar wurde, brach sofort wieder die Erregung los. Drohungen wurden laut.

„Genossen, keine Dummdheiten machen... ruhig herausgehen lassen!“ Der breitschultrige Arbeiter stand hinter dem Diden. Die Arbeiterfrauen traten zur Seite. Unter eisigem Schweigen ging der Dide, die Aktentasche fest an sich gepreßt, ohne hochzusehen, schnell die Treppe herunter. Seine Furcht wäre wohl noch größer gewesen, wenn er die Augen gesehen hätte, die ihm nachsahen. Nur als er mit seinen kurzen schnellen Schritten über den Hof eilte, klatschte dicht hinter ihm ein alter verweilter Blumentopf auf die Steine. Im Hausflur piffen ihm Kinder auf den Fingern nach.

Erst auf dem Kettelbedeckung, als er die Tschalos der Polizisten blitzen sah, wich die entsetzliche Angst von ihm. Er merkte auf einmal, daß er förmlich rannte. Furchtbar... wenn ihn jemand so gesehen hätte!

Wie ein Kranker ging er nach Hause. Das Frühstückspaket in seiner Aktentasche blieb zum ersten Male unberührt...

★

In dem Hause Nr. 3 ging der breitschultrige Arbeiter mit den grauen Haaren über dem jungen Gesicht, langsam die Treppe zu seiner Wohnung herauf. Er war sehr nachdenklich geworden. An

der Tür, hinter der er verschwand, stand auf einem alten Emaille-Schild: Hermann Süderupp. Es war der politische Leiter der kommunistischen Straßenzelle...

IV.

## „Zur Roten Nachtigall“

„Se... Frihe, pad se doch!“  
„Da... halt die Tür zu...!“  
„Hahaha... schau, der Strumpf hat ein Loch...“  
„Jetzt krieg' ich sie... Au! das Was kratzt ja... hol dich der Teufel!“

Während sah der Junge auf seine Hand mit einer roten Schmarre... so ein Biest... kratzt wie eine Kacke! Die anderen jungen Arbeiter standen um ihn herum und lachten.

„Gemein seid ihr alle miteinander!“ schrie empört das Mädchen, außer Atem von der Herumhysterie in dem kleinen Zimmer. Man sah ihr an, daß ihre Wut auf die Jungens echt war.

„Na, tu' nich so... Grete, wird dir nicht gleich der Lach abgehen von deiner Schönheit...!“ rief ihr ein junger, stupsnägiger Mensch mit offenem Hemd zu und schmiß ärgerlich seinen Zigarettenstummel auf den Boden. Wenn man mal ein bißchen Spaß mit den Weibern macht, geh'n sie gleich hoch.“

Errebt fuhr ihn das Mädchen an: „Ihr denkt, det ihr mit uns Meechen bloß Quatsch und Blödsinn machen könnt... sowie der Otto nich da is, seid ihr rein verrückt! Nischt wie Pouffieren habt ihr in Kopp... — Warum war denn det früher anders in der Wedding Jugend...? — weil wir da politisch gearbeitet haben; und wer bloß knutschen wollte, wurde solange an de frische Luft gefeßt, bis er wieder bet Verstand war...!“ Sie holte tief Luft und strich mit einer raschen Bewegung das zerzauste Haar glatt.

„Rief doch die Kleene... wie die ang'ht?“  
„Du... Grete...?“  
„Fas mich nich an... oder...“

„Nicht doch, Grete... Ich wollte ja bloß sagen, det de jung recht halt, wir haben doch nur Quatsch gemacht...“, sagte Frihe, der seine Schmarre schon längst vergessen hatte. Es tat ihm wehlich leid, daß er sie so hart angefaßt hatte. Die anderen Jungens brummten und machten verlegene Gesichter.

Fortsetzung folgt.



**Eisenbahner! Wählt nur rote Betriebsräte!**

# Die Furcht vor roten Betriebsräten

Breslau. Wie groß die Furcht über das Ankommen der R.O.D. auch unter den Bannern des Eisenbahnerverbandes bereits verbreitet ist, zeigen sehr deutlich die Verhältnisse im R.O.D. Breslau-Märktisch mit seinem faschistischen Betriebsratsvorsitzenden Bauer. Die Kollegen dieser Werkstatt sind schon seit langem unzufrieden mit der Verleumdungspolitik der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten sowie ihrer faschistischen Handlanger unter den Betriebsräten. Dieses veranlaßte einige Kollegen, eine Betriebsratsversammlung zu veranstalten, um zur bevorstehenden Betriebsratswahl Stellung zu nehmen, die dann auch vom Bezirkskomitee Schlesien der R.O.D. organisiert wurde.

Der reformistische Betriebsratsvorsitzende Bauer trat sofort auf den Plan, rief alle Oräden zu dieser Versammlung zusammen. So erschien der erste Vorsitzende Fuhrmeister vom Einheitsverband, die beiden Vorsitzenden vom Bezirksbetriebsrat, Kahn und Berger, und der Vorsitzende der Krankenkassenvertretung Wehler. Bei der Eröffnung der Versammlung machten die Demagogen zunächst den Versuch, die Versammlung dadurch unmöglich zu machen, daß sie den Referenten nicht sprechen lassen wollten, weil dieser kein Eisenbahner war. Dieser Versuch mißlang aber. Und der Kollege Wiesner von der R.O.D. konnte sein Referat halten. Er sprach

über die Entstehung der Gewerkschaften und ihre Entwicklung bis in die Gegenwart hinein. Im Hand reichhaltigen Materials zeigte er den ungeheuren Widerspruch zwischen den ursprünglich von den Gewerkschaftsführern vertretenen Theorien und ihrer Praxis, die immer offener erkennen lasse, daß auch die freien Gewerkschaften nicht mehr Klassenkampforgane, sondern Hilfstruppen für das Kapital geworden sind. Genosse Wiesner unterstrich diese Behauptung durch die Vorgänge beim Berliner Metallarbeiterstreik, beim Kampf in Mansfeld und bei den Bergarbeitern usw.

In der darauf einsetzenden Aussprache bekam als erster der Reformist Kahn das Wort. Unter mißbräuchlicher Berufung auf Karl Marx versuchte er den Nachweis zu erbringen, daß die Gewerkschaften auch heute noch Vertreter der Arbeiter sind, ohne dabei bei den Versammelten irgend welchen Eindruck zu machen. Als zweiter sprach der Vorsitzende des Einheitsverbandes, Fuhrmeister. Was dieser Reformist zu den Ausführungen Wiesners zu sagen hatte, lohnt nicht der Wiedergabe, derartig belanglos waren seine Ausführungen. Schließlich glaubte auch der erste Betriebsratsvorsitzende nicht schweigen zu können, und nach qualvoller Ueberlegung raffte er sich dann schließlich dazu auf, um den „Aühnen“ Versuch zu unternehmen, den

Eisenbahnern plausibel zu machen, daß der Wargist, so wie er ihn auffaßt, durchaus richtig sei. Er glaubte sogar durchaus als Wargist seine Aufgabe als Betriebsratsvorsitzender erfüllt zu haben. Aber dieser Nachweis mißlang so vollständig, daß die nachfolgenden Redner mühelos das Gegenteil zu beweisen in der Lage waren. Das einzige „stichhaltige“ Argument war die Auffassung, daß der Betriebsratsvorsitzende auch als Wargist zunächst bei Beschwerden der Kollegen nach der Zugehörigkeit zu einer Partei fragen muß. Das sagte derselbe Mann, der, wenn es sich darum handelt, in den Betriebsrat gewählt zu werden, niemals fragt, ob ein Eisenbahner organisiert ist oder nicht.

Die ganze Erbärmlichkeit dieser reformistischen Solalen von Dorpmüller u. Co. zeigte sich aber, als der Kollege Wiesner das Schlusswort erhielt. Sofort sprangen alle diese großen „Wesker“ auf und wollten verschwinden. Sie rechneten damit, daß die Eisenbahner mit ihnen gehen würden. Eine Rechnung, die sich aber als absolut falsch herausstellte, denn die Eisenbahner folgten diesem Beispiel der Feigheit nicht, sondern blieben da. So konnte Kollege Wiesner unter allgemeiner Zustimmung die trüchtigen und verlogenen Einwendungen gegen die R.O.D., die von den Feiglingen verzapft worden waren, in das richtige Licht stellen. Das Ergebnis war, daß allgemein die ersehnten Kollegen ihre Bereitwilligkeit bekundeten, bei der bevorstehenden Wahl nur die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu wählen. Am Schluß traten noch drei Eisenbahner der R.O.D. bei.

**Damenhüte  
unglaublich  
billig**

Serie I  
**Jugendliche Glocken**  
aus Fantasieborde, in allen  
modernen Farben

**1 95**

Serie II  
**Aparte Hochsommerhüte**  
mit fescnen Bandgarnituren,  
auch in großen Kopfweiten

**2 95**

**Tietz**

**Schauspielhaus**

Opernabtheilung  
Fernspr. 333 00  
Täglich 8 Uhr  
Gestapel des  
Mallini-Theaters  
Hannover

**Wiener Blut**

mit Arthur Hell  
Preise 50 Pfg.  
bis 4 Mk.

**LIEBICH**

Ruf 346 45  
Morgen Sonnab. 8.15  
Premiere der

**Piscator-Bühne**

mit dem Schauspiel  
**„Frauen in Not“**

§ 218  
Eintrittspreise  
von 30 Pfg. bis 4.50

**Capitol Strehlen**

Freitag bis Montag  
7 und 9 Uhr Sonnt. 3, 5, 7, 9

**Die blonde Nachtigall**

Ein Groß-Tonfilm

**Billiger Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren**

Schweinebauch und Brust	Pfd. 0.50 Wt.
Schulter	0.60, Schabbraten Pfd. 0.65
Schweinsfoleteil	Pfd. 0.90 Wt.
Schweinsknidel	1.10 "
Rail- u. Hammelfleisch	Pfd. 0.80-1.10 "
Railfleisch o. Kn.	Pfd. von 1.30 an
Rindfleisch ohn. Kn.	von 0.80
Suppenfleisch	0.50-0.70 Wt.
Büchelfleisch	o. 0.65 an
Räucherfleisch	o. 0.80
Frischer Speck	0.65 Wt.
Lungenfett	0.60
Räucherfett	0.70 u. 0.75 "
Ausgelassenes Schweine- und Griebenfett	Pfd. 0.70 "
Geraucherte Baden	Pfd. 0.60
Frische Baden 0.50, gepö. Baden 0.50 Wt.	
Gulasch und Gehacktes mit Schweinefleisch	Pfd. 0.70
Gepökelte Eisbeine	Pfd. 0.65 Wt.
Frische Schweinstöpfe.	0.35 "
Jervelatwurst 1/2 Pfd.	0.20 - 0.30 "
Harte Jervelatwurst und Salami 1/4 Pfd.	0.35 und 0.40 "
Metzwurst	1/4 Pfd. 0.20 "
Preßwurst	1/4 Pfd. 0.20 "
Kochsalami	1/4 Pfd. 0.25 "
Rortabella	1/4 Pfd. 0.20 "
Braunschweiger	Pfd. 0.70 - 1.00 "
Rialbassa	Pfd. 0.70 - 1.20 "
Preßwurst	1/2 0.40 - 0.60
Leberwurst	1/2 0.40 - 1.20
Frühstückspeck	1/4 Pfd. 0.30
Bierwurst	1/4 Pfd. 0.30
Geschl. u. roher Schinken	1/4 0.35
Lachsschinken	1/4 0.40
Knoblauchwurst	Pfd. 0.50-0.70
Schlesische	0.60-0.80
Ger. Bratwurst u. Bodwurst Paar	0.15
fr. Aufschnitt 1/4 Pfd.	0.25 und 0.35
Frische Wiener	Paar 0.10 Wt.

**Adolf Weiß** Marktstraße 13  
Fernruf 256 60



**Pfingst-  
Einkäufe**  
im Zeichen unserer  
Preisverbilligung

Sicherlich haben auch Sie davon ge-  
hört, welche Wunder unsere Preis-  
verbilligung bewirkt. Wir kleiden Sie,  
wie jeden Herrn, besser als Sie glau-  
ben und mit weniger Geld als Sie  
vorgehabt dafür anzulegen.

**Pfingst-Sonder-Preise**

- Sakko-Anzüge 27.-, 37.-, 47.-
- Sport-Anzüge 19.50, 29.50, 39.50
- Blaue Anzüge 29.50, 39.50, 49.50
- Jünglings- u. Knabenkleidung natürlich billiger.

**L. Prager**

Breslau, Albrechtstr. 51  
Eingang nur Ecke Schuhbrücke

**Trinkt Dresdner**

**Waldschlösschen-Bier**

In Görlitz und Umgebung  
überall erhältlich

**Partei-  
genossen!**

**Beachte!**  
bei allen Einkäufen  
immer nur unsere  
**Inserenten!**

**Geschäftseröffnung!**

Hiermit gebe ich zur gefl. Kenntnisnahme,  
daß ich meine

**Bäckerlei und Konditorei**

nach Mittelstr. 32 verlegt habe und dort am  
Donnerstag, dem 7. Mai neu eröffnet habe.  
Um meinen Kundenkreis weitgehendst zu  
vergrößern werde ich stets für eine gute und  
reelle Bedienung sorgen. Bestellungen aller  
Art werden gut u. sauber ausgeführt, sowie  
auf Wunsch frei ins Haus geliefert.  
**HOCHACHTUNGSVOLL**  
Emma Jürschke, Bäckerlei, Konditorei, Mittelstr. 32

**Pfänder-  
Auktion**

Mittwoch, 13. Mai  
Pfaundlehhaus  
**Grundmann**  
Trebntitzer Str. 21

**WERTHEIM**  
BRESLAU  
Tel.-Sammel-Nr. 221 11

**Billige Lebensmittel**  
Sowelt Vorrat. Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch	Wurstwaren	Käse	Räucherwaren	Konserven	Kolonialwaren
Kalbskamm Pfd. 0.70	Blut- und Leberwurst Pfd. 0.60	Camembert vollst. Schicht 0.22	Flandern Pommerische Pfd. 0.38	Schnittbohnen 0.48, 0.40	Linsen, Bohnen weiß Pfd. 0.17
Nierenstück Pfd. 0.90	Haltsche Pfd. 0.60	Limburger halbtst. Pfd. 38, vollst. Pfd. 0.75	Sprossen Pfd. 0.38	Brechbohnen 0.46, 0.40	Erbsen Pfd. 0.20
Kalbsbrust u. Kalb- fleisch ohne Knoch. Pfd. 1.30	Würstchen Wiener Art. 6 Paar 0.50	Tilsiter oh. Rinde halbtst. Pfd. 0.78	Seelachs Pfd. 0.42	Wachsbrechbohnen 0.46, 0.50	Vollreis Pfd. 0.18, 0.15
Schweinebauch Pfd. 0.55	Leberwurst Hausmacher Pfd. 1.40, 1.20 0.80	Edamer halbtst. Pfd. 0.65	Lachsringe Stück 0.12	Gemüseerbsen Pfd. 0.50	Eier-chnittmadeln Pfd. 0.44
Schweineschinken mit Delage Pfd. 0.65	Tee wurst Pfd. 1.50 1.20	Holländer vollst. Pfd. 0.72	Mayonnaise Pfd. 0.95	Mit Karotten Pfd. 0.50	Eier-Fadennudeln Pfd. 0.48
Schweineköpfe Pfd. 0.40	Zervelatwurst weiche Pfd. 1.20	Fette	Fleischsalat Pfd. 0.95	Haushalt-Mischung mit getrockneten Erbsen, geschälten Karotten, Spargel und Morcheln 0.50	Pflaumen kalk. Pfd. 0.38, 0.28
Schmorfleisch ohne Knochen Pfd. 1.10, 1.00	Jagd wurst Pfd. 1.00	Kokostet 1 Pfund-Tafel 0.40	Wein 1/2 Flasche mit Glas	Senfgurken, Helvetia 0.60	Backobst gemischt Pfd. 0.58, 0.35
Suppenfleisch Pfd. 0.70	Räucherpeck deutscher Pfd. 0.84 0.72	Margarine 2 Pfund 0.75	1929 Oberhaarder (Sowinwein) 0.85	Stachelbeeren 0.72	Aprikosen Pfd. 0.84, 0.50
Gehacktes Pfd. 0.75	Schinken gekocht 1/2 Pfund 0.40	Tafelbutter Pfd. 1.34	1929 Hainfelder Letten fleißlich 1.05	Preißelbeeren mit Rahmode 0.38	Mandeln süß, grobe Pfd. 1.58
Quatsch Pfd. 0.80	Plockwurst Holsteiner Pfd. 1.28	Tafelbutter Pfd. 1.40	Maltrank (Waldmeistergesdm.) 0.85	Weichselkirschen mit Stein 0.84	Korntnen Pfd. 0.52
Hammelvorderfleisch Pfd. 0.90	Zervelatwurst Holsteiner Pfd. 1.36	Obst	Himbeersaft, sehr aromatisch 1.20	Aprikosen-Paip 10 Pfd.-Dose 2.55	Kakaopulver (Bensdorf) Pfd. 0.65
Schweinebacken Pfd. 0.50	Salami Holsteiner Pfd. 1.36	Zitronen Dutzend von an 0.32	Geflügel	2 Pfd.-Eimer 0.74	Schokoladenpulver Pfd. 0.85
Kassler Pfd. 1.05	Zervelat in Fettdarm Pfd. 1.48	Apfelsinen lose 9 Pfund 0.58	Tauben frisch geschl. St. v. an 0.75	Vierfrucht-Marmelade 0.74	Vanille- u. Mand-Pudding Pfd. 0.42
	Sardellen- u. Kalbsleberwurst Pfd. 1.40	Pampelmusen Stück 0.28	Hühner frisch Pfd. von an 1.05	Aprikosen- und Pflaumen-Konfitüre 1.00	Schokoladen-Pudding Pfd. 0.60
	Krakauer Pfd. 1.20	Kalifornische Äpfel Pfd. 0.45	Frische Eier 10 Stück 78 u. 0.65	Orange- u. Johannisbeer-Konfitüre 1.15	Röstkaffee eigene Großrösterlei
					Konsum-Mischung Pfd. 1.50
					Haushalt-Mischung Pfd. 2.30
					Reklame-Mischung Pfd. 2.40
					Propaganda-Mischung Pfd. 3.20